**SVR Albanien zur Lage auf dem Balkan** S. 14

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN





Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 5, 1. Februar 1980 | 14. Jahrgang | 1 DM

Kampfansage an Strauß

## Machtvolle Kundgebung gegen Reaktion und Faschismus

### 5 000 auf dem Dortmunder Kongreß

**Etwa 5 000 Menschen kamen am vergangenen Samstag in die Dortmunder Westfalenhalle zum Kongreß gegen Reaktion und Faschismus. Bis in die Nacht hinein rollte ein breites Programm von Redebeiträgen und künstlerischen Darbietungen ab. Bei aller Vielfältigkeit der einzelnen Aussagen kam doch immer wieder das Gemeinsame zum Ausdruck: die Kampfansage an den Vormarsch der Reaktion, wie er etwa durch die Kanzlerkandidatur von Strauß gekennzeichnet wird. Der Kongreß war ein großer Erfolg und ein wichtiger Schritt beim weiteren Zusammenschluß der antifaschistischen Kräfte in unserem Land (ausführliche Berichte S. 9 bis 12).**




***Eine Abfuhr*** **bekamen die Faschisten von der NPD am 22. Januar in Wiesbaden. In der Elly-Heuss-Schule wollten sie eine öffentliche Kundgebung veranstalten. Aber daraus wurde nichts. Ein breites antifaschistisches Bündnis, darunter verschiedene Gewerkschaftsorganisationen, die VOLKSFRONT, die VVN u.a., hatte mobilgemacht. 2 000 Antifaschisten versammelten sich zu einer Kundgebung gegen die Nazi-Provokation. Ein Teil von ihnen zog nach Beendigung der Kundgebung zur Elly-Heuss-Schule und besetzte die Aula. Die Faschisten zogen es vor, auf ihre Hetzveranstaltung zu verzichten und verschwanden.**

Montag, 28. Januar

## 20 000 Metaller beteiligten sich an ersten Warnstreiks

### „Verbessertes" Unternehmerangebot ist ein Hohn

**STUTTGART. — Im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden beteiligten sich am Montag dieser Woche rund 20 000 Metallarbeiter an den ersten Warnstreiks der diesjährigen Lohnrunde. Aus Anlaß der neuen Verhandlungen im Stuttgarter Nobelhotel „Graf Zeppelin" fanden auch in Stuttgart selbst Aktionen von Metallarbeitern statt.**

Das sogenannte verbesserte Angebot der Kapitalisten, nämlich 4,8 Prozent mehr Lohn, war natürlich nicht dazu geeignet, die Metaller in ihrem Wunsch umzustimmen, gerade zum neuen Verhandlungstermin ihre Kampfbereitschaft zu zeigen. An den Streiks beteiligten sich die Belegschaften zahlreicher Betriebe des Tarifbezirks.

Bereits in der letzten Woche, von Mittwoch bis Freitag, hatten in Reutlingen zahlreiche Abteilungen dreier großer Betriebe gemäß Paragraph 39 des Betriebsverfassungsgesetzes sich während der Arbeitszeit beim Betriebsrat über die Unternehmerhaltung beschwert und sich nach Informationen erkundigt. In einem Betrieb wurde ein halbstündiger Warnstreik durchgeführt.

Die Tarifkommission der IG Metall für Westberlin betonte in diesem Zusammenhang, daß auch das neue Angebot der Kapitalisten die Preissteigerungen des letzten Jahres noch nicht einmal annähernd ausgleiche.

Diese ersten Kampfaktionen der Metallarbeiter zeigen die wachsende Bereitschaft großer Teile der Werktätigen, für ihre berechtigten Forderungen aktiv einzutreten — so wurde vor dem Stuttgarter Verhandlungsraum gerade auch die Forderung nach Anhebung der unteren Lohngruppen stark vertreten.

(Weitere Artikel zur Tarifrunde auf Seite 5)

## Schwarzfunk

**HAMBURG.**— Ein knappes Vierteljahr nach dem Scheitern der Verhandlungen um die Fortführung des NDR als Dreiländeranstalt haben die Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins und Niedersachsens, Stoltenberg und Albrecht, ihren Entwurf für einen neuen Vertrag unter Ausschluß Hamburgs vorgelegt. Der Vertrag, der bis zum 11. Februar unterschrieben und den Landtagen zugeleitet werden soll, schreibt in allen Punkten die reaktionären Pläne der CDU-Politiker fest: Stärkere Kontrolle der Programme, Aufhebung des Sendemonopols und damit die Möglichkeit der Zulassung privater Sender.

## ÖTV-Gruppen fordern lineare Lohnerhöhungen

**KÖLN/DORTMUND. — Verschiedene ÖTV-Organisationen haben in der letzten Woche eigene Forderungen zur Tarifrunde erhoben, die den Empfehlungen des Hauptvorstandes widersprechen.**

So forderten Die ÖTVler der Städtischen Kliniken Köln 250 Mark mehr für alle und 120 bzw. 110 Mark für die Auszubildenden. In Dortmund forderten die kirchlichen Mitarbeiter der ÖTV 230 Mark für alle.

## Revolutionäre Krise in El Salvador

**SAN SALVADOR. — Nach dem Feuerüberfall der Armee auf eine Demonstration von 150 000 Teilnehmern, dem bisher über hundert Menschen zum Opfer fielen, hat sich die Situation in Salvador weiter zugespitzt.**

Am 15. Oktober letzten Jahres hatte eine Militärjunta den Diktator Romero gestürzt und eine Regierung aus Militärs, der christdemokratischen Partei und dem Chef der nationalen Handelskammer gegründet.

Nur wenige Wochen später, Ende des Jahres, war diese Junta die ihre Versprechungen alle gebrochen hatte in den Augen der Bevölkerung völlig diskreditiert. **Heute wird selbst von der bürgerlichen Presse eingestanden, was der „Rote Morgen" damals bereits meldete: Daß die Junta vom US-Imperialismus gesteuert war und ist, organisiert von William Bowdler, dem Lateinamerikafachmann im Außenministerium.** Anfang Januar wurde deshalb abermals eine neue Junta geschaffen, die jetzt offen reaktionär zusammengesetzt war.

Seit diesem Moment wachsen die Kämpfe der Bevölkerung täglich an. Jetzt sind über 300 Ländereien der Großgrundbesitzer besetzt, täglich demonstrieren trotz Kriegsrecht Hunderttausende (bei 5 Millionen Einwohnern).

Die im Lande aktiven US-Agenten wie der Botschafter White, versuchen eine Konferenz des Militärpakts Conceca zu organisieren, um ein Eingreifen der Armeen von Guatemala und Honduras vorzubereiten.

Amerikanischer Aufmarsch im Mittleren Osten

## Carter droht mit militärischem Eingreifen

**WASHINGTON. — US-Präsident Carter hat in der vergangenen Woche ein Bündel von Maßnahmen angekündigt, die darauf hinauslaufen, die Kontrolle des amerikanischen Imperialismus über die Länder am Persischen Golf mit allen Mitteln — einschließlich der militärischen Gewalt — aufrechtzuerhalten.**

Offen erklärte Carter den Golf zum „lebenswichtigen Interessengebiet der Vereinigten Staaten" — so als sei diese Region der Privatbesitz des US-Imperialismus. Und die Verteidigung dieses Besitzes würde — so Carter — notfalls auch mit militärischen Mitteln vorgenommen. Eine unverhüllte Drohung mit einer bewaffneten, gewaltsamen Intervention.

Die von Carter jetzt angekündigten Maßnahmen sind dazu angetan, die Voraussetzungen für eine solche Intervention zu schaffen. Zum einen sollen sich alle wehrpflichtigen Amerikaner registrieren lassen, was nichts anderes ist als der erste Schritt zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Zum anderen will Carter die US-Flotte und die Luftwaffe in der Region des Persischen Golfes erheblich verstärken. Zudem soll die Errichtung von Stützpunkten für den amerikanischen Militärapparat in diesem Raum jetzt in Angriff genommen werden.

Die Drohungen Carters sind in den Ländern am Persischen Golf auf massiven Protest gestoßen. Sogar die Regierung von Kuweit wies „Drohungen aller Art" zurück.



Immer neues Kriegsmaterial wird von der US-Armee angekauft, gerade auch, wie hier, für den Wüstenkrieg. Der neue Rekordetat des Militärbudgets wird das weiter verstärken.

## Kommentar

# Olympia-Boykott — nein!

Die Bundesregierung windet sich noch und spielt auf Zeitgewinn. Die Strauß-Mannschaft dagegen hat es schon öffentlich hinausposaunt: Carters Olympia-Boykott ist uns gerade recht!

Einer aus ihren Reihen allerdings mochte da nicht mitziehen. CDU-Mann Evers, Vorsitzender des Sportausschusses im Bundestag, gab zu bedenken: „Ich finde es unredlich, in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, als könnte durch einen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau der Einmarsch der Russen in Afghanistan rückgängig gemacht werden."

Da kann man dem Herrn Evers nur zustimmen. Denn natürlich werden sich die russischen Besatzer durch die ultimative Drohung mit dem Boykott der Spiele nicht vertreiben lassen. Das wußte auch Carter, als er daranging, das ganze westliche Lager auf seine Boykottlinie zu zwingen. Und in den USA selbst wird heute offen der Zweck der Sache beim Namen genannt — „Bestrafung der Sowjetunion".

Insofern ist es natürlich lächerlich, die Boykottaktion als eine Unterstützung des afghanischen Volkes auszugeben. Darum geht es hier ja gar nicht. Es geht eben um die „Strafaktion" der einen räuberischen Supermacht gegen die andere. Diese beiden Dinge — die Interessen des überfallenen afghanischen Volkes und die mörderische Rivalität zwischen den beiden Supermächten — muß man auseinanderhalten. Was den sowjetischen Vorstoß auf Kabul betrifft, so hat ihn unsere Partei ebenso wie alle wahrhaft fortschrittlichen und freiheitsliebenden Kräfte auf der ganzen Welt entschieden verurteilt. Und selbstverständlich unterstützen wir das afghanische Volk in seinem Kampf um wirkliche Unabhängigkeit.

Aber wir lassen uns deshalb noch lange nicht vor Carters Boykottkarren spannen. Er will jetzt also die Sowjetunion „strafen". Was wird die Folge sein? Breschnew unternimmt eine „Strafaktion" gegen die USA. Carter seinerseits wird dann wiederum darauf reagieren — undsoweiter, undsofort. Die Leidtragenden bei diesem Schlagabtausch werden in jedem Fall die Völker der Welt sein. Und es steht hier wahrhaftig mehr auf dem Spiel als die Existenz der Olympischen Spiele. Denn Carters Boykott ist ja eingebettet in ein Umfeld von aggressiven Maßnahmen der amerikanischen Supermacht, die von Handelsbeschränkungen gegen Moskau bis zum militärischen Aufmarsch im Mittleren Osten reichen.

Der Boykott ist **ein** Bestandteil des immer härteren Schlagabtausches, den die beiden Supermächte gegenwärtig auf allen Gebieten führen. Und als eine Maßnahme von großer politischer und psychologischer Wirkung wird er die Konfrontation zwischen Washington und Moskau weiter zuspitzen und verschärfen, aus der immer drohender die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkriegs erwächst.

Angesichts dieser Tatsachen steht vor allen fortschrittlichen Kräften die Aufgabe, den Carterschen Boykott-Drohungen entgegenzutreten. Das um so mehr, als jetzt von den reaktionärsten Kräften der westlichen Welt der Versuch unternommen wird, aus dem von Carter erzwungenen Boykott eine Sache der Völker zu machen. Die gleichen Leute, die seinerzeit den amerikanischen Völkermord in Vietnam bejubelt haben (und natürlich nicht im Traum daran dachten, wegen dieser Verbrechen gegen internationale Sportveranstaltungen in den USA aufzutreten), die gleichen Leute erklären heute die Teilnahme an den Spielen in Moskau für unmoralisch. So etwa der CDU-Generalsekretär Geißler in der Fernsehsendung „Pro und Contra".

Die Geißler und Co. haben wahrhaftig kein Recht, Lektionen in Sachen Moral zu erteilen. Um es noch einmal zu sagen: Hier geht es nicht ganz allgemein um die Frage, ob man große internationale Sportveranstaltungen in Ländern durchführen soll, die unter einem reaktionären Regime stehen. Auch wir sehen natürlich die Tatsache, daß solche Regime Veranstaltungen dieser Art dazu benutzen, ihr beschädigtes Ansehen aufzupolieren. Hier geht es um den ganz konkreten Boykott der diesjährigen Olympiade, der von Washington als Mittel imperialistischer Machtpolitik eingesetzt wird.

Geißler hat in der erwähnten Sendung — angesichts des Widerstands unter den Werktätigen gegen einen Boykott — uns alle dazu aufgerufen, Opfer zu bringen. Und das ist der Kern der Sache. Man will uns wieder einmal an Opfer gewöhnen, Opfer für eine imperialistische Kriegspolitik. Heute ist es der Verzicht auf die Olympischen Spiele. Und morgen? Da wird es heißen: Wir dürfen unsere amerikanischen Freunde im Mittleren Osten nicht allein lassen. Dann wird man von uns das Opfer verlangen, als Kanonenfutter für den imperialistischen Kampf ums Öl zu sterben.

**Kein Olympia-Boykott! Kampf den imperialistischen Kriegstreibern!**

## Aus dem Inhalt



**Herausgeber: ZK der KPD/ML**
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

**Nachdem Außenminister Genscher letzte Woche von seinem Besuch bei Carter zurückgekehrt war, tagte die Bundesregierung und faßte eine Reihe von Beschlüssen zur Krise im Mittleren Osten. Ihr Inhalt kann so zusammengefaßt werden: volle politische und vor allem auch finanzielle Unterstützung für die amerikanische Kriegspolitik.**

### Regierungsbeschlüsse zur Mittelost-Krise

# Bonn finanziert US-Kriegsabenteuer

### Die Werktätigen sollen die Zeche zahlen

Der erste Beschluß betrifft eine massive Finanzhilfe für das reaktionäre Regime in der Türkei. Zahlen wurden zwar nicht genannt, Regierungssprecher Grünewald machte jedoch klar: „Es handelt sich nicht um Kleingeld". Die Türkei spielt in der gegenwärtigen aggressiven Mittelost-Politik Washingtons eine Schlüsselrolle. Sie ist die am weitesten nach Osten vorgeschobene Bastion der NATO. Carter hatte erst kürzlich die Erweiterung der amerikanischen Stützpunkte in diesem Land angekündigt. Das größte Problem für die westlichen Imperialisten bei ihrem Versuch, die Türkei zum Aufmarschfeld gegen die Völker des Mittleren Ostens zu machen, ist der breite Widerstand der Werktätigen gegen das reaktionäre Regime Demirels. Jetzt soll also mit den kräftigen Finanzspritzen aus Bonn dieses Regime gestützt werden. Was man von ihm verlangt, ist die „Befriedung" der Türkei, die gewaltsame Unterdrückung des revolutionären Klassenkampfes.

Der zweite Bonner Regierungsbeschluß bezieht sich auf die finanzielle Unterstützung des pakistanischen Militärregimes. Pakistan ist das Nachbarland des von Moskau eroberten Afghanistan. Hier werden die Gelder aus Bonn zum einen für die Finanzierung proamerikanischer Rebellen gegen die Statthalter des Kreml in Kabul verwandt werden. Zum anderen wollen die westlichen Imperialisten gerade in der gegenwärtigen Situation ihre Kontrolle über Pakistan verstärken. Zu diesem Zweck wird jetzt das reaktionäre Militärregime massiv mit amerikanischen Waffen aufgerüstet, um den Widerstand im eigenen Land niederzuhalten. Auch dafür zahlt Bonn.

Genauer gesagt: Letzten Endes werden es die Werktätigen sein, die dafür die Zeche zahlen müssen. Und das gilt auch für die schon vor der erwähnten **Kabinettssitzung** beschlossene Erhöhung des Militärhaushalts um eine ganze Milliarde. Natürlich wird jetzt, im Wahljahr, kein Regierungspolitiker sagen, woher denn die Unsummen für den verschärften Kriegskurs kommen sollen. Aber mehr noch als früher gilt in diesem Jahr: Nach den Wahlen kommt das Zahlen.

Der letzte Regierungsbeschluß betrifft die „politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der EG mit den Ländern am Persischen Golf". Dahinter verbirgt sich der Versuch, den imperialistischen Einfluß der EG-Staaten in den Ölländern auszuweiten, noch enger mit den Königen und Scheichs in dieser Region gegen all die Kräfte zusammenzuarbeiten, die für eine wahre Unabhängigkeit der Völker am Persischen Golf kämpfen.

Die Beratungen der Bundesregierung gingen jedoch noch über den Rahmen der hier beschriebenen Beschlüsse hinaus. So berichtete die „Süddeutsche Zeitung" über die Wünsche Carters an Bonn, die der gerade aus Washington zurückgekehrte Außenminister Genscher überbrachte. Das Blatt schreibt: **„Diese Wünsche sind natürlich ausschließlich militärischer Natur.** Die Kabinettsmitglieder, die Genscher davon ins Bild setzte, waren, wie ein Teilnehmer zurückhaltend urteilte, betroffen." Es ging also auch um eine noch direktere militärische **Unterstützung für die amerikanischen Kriegsabenteuer.** Darüber allerdings wurde in Bonn Stillschweigen gewahrt. Wir sollen nicht erfahren, welche militärischen Aktionen hinter unserem Rücken inzwischen schon von Washington und Bonn ausgehandelt worden sind.

Diese Sitzung der Bundesregierung, die in ihrem entscheidenden Teil eine Geheimkonferenz war, macht eindringlich deutlich, daß sich hier eine gefährliche Entwicklung zusammenbraut. Immer enger verstrickt die Bonner Regierung unser Land in die Mittelost-Konfrontation zwischen den beiden Supermächten, in die amerikanischen Aggressionen gegen den Iran und andere Länder dieser Region.

**Angesichts dieser Tatsachen muß jede Bonner Beteiligung am amerikanischen Kriegskurs entschieden bekämpft werden. Und die Forderung, die heute immer größere Bedeutung erlangt, ist die nach einer Loslösung unseres Landes aus dem unter der Kontrolle Washingtons stehenden westlichen Militärpakt — Austritt der Bundesrepublik aus der NATO.**

### Polizeiaktion gegen die „Roten Blätter"

# Ein Anschlag auf die Pressefreiheit

### Adressen-Kartei und Kongreß-Protokolle beschlagnahmt

**BONN.— Fünf Stunden lang durchsuchten sie sorgfältig die Redaktionsräume des Studentenmagazins „Rote Blätter" und das Büro des MSB Spartakus, der Herr Staatsanwalt und zahlreiche Herren von der politischen Polizei, ausgerüstet mit einem richterlichen Durchsuchungsbefehl.**

Der Anlaß der Polizeiaktion gegen den MSB Spartakus, ein entlarvender Artikel in den „Roten Blättern" über die Zusammenarbeit zwischen Hochschulverwaltungen und Verfassungsschutz, erwies sich schnell als Vorwand.

Die Polizei beschlagnahmte alles, was in ihren Augen irgendwie staatsfeindlich war. Weiter ließ sie bisher unveröffentlichtes Material über Spitzeldienste, die verschiedene Hochschulverwaltungen im Auftrag von Wirtschaftsunternehmen vornehmen, mitgehen.

Das gesamte schriftliche Material über den letzten Spartakus-Bundeskongreß wurde beschlagnahmt, ebenso die Adressenkartei des Bundesvorstands sowie verschiedenes Material und Recherchen für geplante Artikel.

Daß insbesondere umfangreiche Akten, Protokolle und Karteien beschlagnahmt wurden, macht deutlich, daß es der Polizei hier vor allem um einen Schlag gegen die der DKP nahestehende Studentenorganisation ging.

Während der Durchsuchungsaktion sagte ein Beamter der politischen Polizei: „Zum Fall werden wir sowieso nichts finden, aber wir können uns einen Überblick über ihre Arbeit verschaffen."

Die Polizeiaktion gegen den MSB hat bisher breite Proteste ausgelöst. Auch unsere Partei verurteilt den brutalen Anschlag auf die Pressefreiheit und das Koalitionsrecht.



Staatsanwalt (ganz links) und Polizisten nach der Durchsuchung in den Räumen der „Roten Blätter".

## Kartellamt: keine Schritte gegen Ölkonzerne

**WESTBERLIN. — Das Bundeskartellamt in Westberlin wird nicht gegen die Ölkonzerne wegen der neuen unverschämten Preiserhöhungen vorgehen.** Das erklärte jetzt ein Sprecher des Amtes. Gleichzeitig sprach der die Multis faktisch von dem Vorwurf der Preistreiberei frei und machte die erdölproduzierenden Länder verantwortlich. Das reaktionäre Hetzblatt „Bild" griff diese dreiste Verdrehung der Tatsachen durch das Kartellamt auf und forderte: „Die Verantwortlichen in Politik und Industrie müssen endlich aufwachen und alles tun, damit wir den Ölscheichs nicht weiter ausgeliefert sind."

## Atommüll-Anlage in Hessen?

**WIESBADEN. —** In der letzten Zeit sind Pläne bekanntgeworden, eine Anlage zur Wiederaufbereitung von Atommüll in Borken bei Kassel zu bauen. Der hessische Innenminister Karry (FDP) hat sich schon für das Projekt ausgesprochen.

## Wegen Reise in die DDR entlassen

**FRANKFURT. —** Im Sommer 1978 fuhr der bei der Bundesbank in Frankfurt beschäftigte Analytiker Günter K. mit einer von der DKP organisierten Reisegruppe in die DDR. Als die Bankbosse davon erfuhren, holten sie den Verfassungsschutz in den Betrieb und ließen K. verhören. Weil sich der Angestellte jedoch weigerte, irgendetwas auszusagen, wurde er entlassen. Nachdem das Arbeitsgericht Frankfurt einer Klage des Analytikers auf Wiedereinstellung stattgegeben hatte, fand jetzt eine Berufungsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht statt. Der Richter ließ in der Verhandlung keinen Zweifel daran, daß er das Urteil der ersten Instanz nicht gelten lassen würde und riet zu einem Vergleich, den K. annahm.

## Nazi-Terrorist auf freien Fuß gesetzt

**FRANKFURT. — Nur acht Monate Gefängnis, die zudem noch zur Bewährung ausgesetzt wurden, bekam vor dem Landgericht Frankfurt der Faschist Manfred Heidenfelder.** Der Bundeswehroberfähnrich (!) hatte unter anderem öffentlich dazu aufgerufen, „der Sendung Holocaust Explosionen folgen zu lassen." Angesichts dieser offenen Freisprechung eines Nazi-Terroristen ist es fast schon nicht mehr verwunderlich, daß auch die Bundeswehr nichts gegen ihn unternimmt.

## Berichtigung

**Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über den Warnstreik bei Still in Hamburg im letzten „Roten Morgen", schrieben wir über Vertrauensleuteversammlungen, die während der Arbeitszeit stattgefunden hätten.**

**Das ist so nicht richtig. Vielmehr fanden sich spontan entrüstete Vertrauensleute beim Betriebsrat ein, als die Nachrichten über den Betriebsurlaub durchgesickert waren, und verlangten genauere Informationen.**

**Wir bitten, diesen Fehler in der Berichterstattung zu entschuldigen.**

Zentrale DGB-Kundgebung in Hannover

# Verbot tut not!

## 3 000 Gewerkschafter protestierten gegen Aussperrungsterror

**HANNOVER.— Am Samstag, den 26. Januar führte der DGB in Hannover die zentrale Großkundgebung gegen die Aussperrung durch. Die Zahl der Teilnehmer lag bei rund 3 000, wobei es sich weitgehend um Gewerkschaftsfunktionäre handelte.**

Die Tatsache, daß die DGB-Führung die gegenwärtige Kampagne gegen die Aussperrung durchführt, ist sehr zu begrüßen. Wir begrüßen es auch, daß der DGB-Vorsitzende Vetter in seiner Rede auf der Großveranstaltung sagte: Der DGB werde nicht zurückweichen, wenn eine Gewerkschaft mit Aussperrung oder gar Streikverbot angegriffen wird. Man werde gemeinsam zurückschlagen und auf die Aussperrung geschlossen reagieren.

**Gut so! Nur müssen diesen Worten auch entsprechende Taten folgen!**

Daran, daß Vetter es mit seinen Worten ernst meint, muß leider gezweifelt werden. Nicht zuletzt auch angesichts der Art, wie die DGB-Kampagne von der Gewerkschaftsführung organisiert wird und auch wie die Großkundgebung in Hannover verlaufen ist.

Die Teilnehmerzahl von 3 000 spiegelt bei weitem nicht die in den letzten Monaten stark angewachsene Bereitschaft an der gewerkschaftlichen Basis wider, einen entschlossenen Kampf für das Verbot der Aussperrung zu führen. Es ist von den DGB-Bonzen eine miserable Mobilisierungsarbeit (besser: so gut wie gar keine Mobilisierungsarbeit) betrieben worden. Nur daraus erklärt es sich, daß nicht weit mehr als 3 000 Kollegen in Hannover zusammengekommen sind.

So berichteten uns beispielsweise Kollegen aus verschiedenen Großbetrieben, daß die entsprechenden Flugblätter erst einen Tag vor der Großkundgebung, d.h. am Freitag, den 25. Januar, an die Vertrauenskörperleitungen bzw. den Betriebsrat gelangt sind. Dazu noch ohne jede Anweisung betreffs irgendeiner Mobilisierung der Belegschaften.

Ein Hamburger Werftarbeiter berichtet: **„Hätten wir nicht im ‚Roten Morgen' darüber gelesen, wir hätten echt nichts von der Großveranstaltung erfahren."**

Als Redner traten in Hannover auf: der DGB-Vorsitzende Vetter, der Betriebsratsvorsitzende von der Rheinisch-Bergischen Druckerei Rudolf Tretzler und der IGM-Vorsitzende Loderer. In mehreren Nachrichtensendungen des Rundfunks wurde **fälschlicherweise** berichtet, Vetter und Loderer hätten auf der Großkundgebung ein *gesetzliches* Verbot der Aussperrung gefordert. Leider aber geschah in Wirklichkeit genau das Gegenteil. Vetter und Loderer traten auch in Hannover ausdrücklich gegen diese klare und konsequente Forderung auf.

Zwar prangerten sie die Aussperrung als brutale Unternehmerwillkür und skrupellosen Angriff auf die Rechte der Arbeiterschaft an. Wir und alle klassenbewußten Arbeiter begrüßen nachdrücklich solche Äußerungen der DGB-Führer. Aber gleichzeitig wiederholten Vetter und Loderer leider das falsche, irreführende und abwieglerische Argument, daß die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot unzweckmäßig sei, weil sie den Gesetzgeber dazu provoziere, ein reaktionäres Verbändegesetz zu schaffen, das die gewerkschaftlichen Rechte einschränke.



Großveranstaltung des DGB gegen die Aussperrung in der Eilenried-Halle / Hannover.

Mit genau dem gleichen Recht könnte man dann auch sagen, die jetzige DGB-Kampagne und überhaupt jeder Kampf gegen die Aussperrung sei unzweckmäßig, weil dadurch die Unternehmer ja zu weiteren Angriffen auf die Gewerkschaften provoziert werden könnten, oder weil dadurch das Bundesarbeitsgericht zu einer noch weitergehenden Legalisierung des Aussperrungsterrors provoziert würde usw. usf.

Vetter und Loderer erklärten auch ein weiteres Mal, der DGB wolle das Bundesarbeitsgericht *„nicht unter Druck setzen"*. Man habe Vertrauen darauf, *„daß das Bundesarbeitsgericht den Weg für den sozialen Fortschritt endgültig freigibt und nicht blockiert"*.

Mit diesen Argumenten geben die DGB-Führer dem Druck der Unternehmer nach, die heute schon so weit gehen, den Arbeitern das Recht abzusprechen, ihre Meinung zu manifestieren und für die Forderung nach dem Verbot der Aussperrung auf die Straße zu gehen. Zweitens gibt es doch nicht den geringsten Anlaß dafür zu glauben, daß die Richter in Kassel ohne Druck durch die Arbeiter und Werktätigen auch nur im Traum daran denken, ein Urteil gegen die Aussperrung zu fällen.

Anders als Vetter und Loderer deutete der Betriebsratsvorsitzende Rudolf Tretzler in dieser Hinsicht einen realistischen Standpunkt an. Er übte Kritik an der Rechtsprechung der Justiz und im besonderen auch am Bundesarbeitsgericht. Tretzler erklärte, daß in Kassel Urteile schon oft genug gegen die Gewerkschaften und gegen die Arbeiterschaft gefällt worden seien.

Unter vielen Teilnehmern, insbesondere unter den Vertrauensleuten, herrschte berechtigter Unmut über die laue Art, wie die DGB-Führung diese Großveranstaltung durchgeführt hat. **„Da fahren wir bis hierher und dann so was. Das hat nicht viel gebracht!"** — So oder ähnlich hörte man viele Stimmen

Die „Kampagne für das Verbot der Aussperrung" verteilte an die Kundgebungsteilnehmer ein Flugblatt mit der Überschrift **„Verbot tut not!"**. Darin heißt es unter anderem:

*„Auf das Bundesarbeitsgericht ist kein Verlaß. Wenn die Richter vom Bundesarbeitsgericht 1955 und 1971 in zwei Urteilen die Aussperrung als rechtmäßig bezeichneten, dann muß diesen Herren eben in Zukunft durch den Bundestag die Grundlage entzogen werden. Wir meinen darum, daß, wie jetzt gerade vom Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden gefordert, ein gesetzliches Verbot der Aussperrung ein gründlicher Schlag gegen diesen Unternehmerterror wäre."*

Die „Kampagne für das Verbot der Aussperrung" fordert in dem Flugblatt den vollen Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel für das Verbot der Aussperrung. Unsere Partei schließt sich dieser Forderung ohne Einschränkung an.

Streik bei Still

# Betriebsrat hintergeht die Kollegen

**HAMBURG. — Wie im „Roten Morgen" Nr. 4 berichtet, streikten die Kollegen von Still am Freitag, den 18. 1. gegen die Pläne der Geschäftsführung, ab 1980 anstelle von freier Urlaubswahl einen festen Betriebsurlaub zu verhängen. Die Geschäftsleitung verzichtete daraufhin für das laufende Jahr auf diesen Plan und sah sich gezwungen, der Forderung von 900 Kollegen nach einer außerordentlichen Betriebsversammlung nachzugeben. Am Montag, den 21. 1. hinterging der Betriebsrat diese Forderung der Kollegen.**

Nachdem die Geschäftsführung offensichtlich als Versuchsballon Montagmorgen an den Toren einen Zettel mit Drohungen an alle Streikwilligen verteilen ließ, erklärte sich der Betriebsratsvorsitzende bereit, auf eine außerordentliche Betriebsversammlung zu verzichten, wenn die Geschäftsführung ihr Versprechen wahrmache, weitere Verhandlungen über Betriebsurlaub erst nach der nächsten ordentlichen Betriebsversammlung zu führen und auf Maßregelungen zu verzichten. Genauer über diese Ereignisse und den weiteren Verlauf werden wir im nächsten „Roten Morgen" berichten.



Bei der Gabelstablerfabrik Still streikten am 18. 1. 700 Kollegen gegen Unternehmerwillkür.

Nicht nur AEG

# Elektroindustrie reduziert Belegschaft

**EINDHOVEN / HILDESHEIM. — Unter den verschiedenen Plänen nahezu aller Elektrokonzerne, ihre Belegschaften zu reduzieren, kommen den Absichten der Manager von Blaupunkt/Hildesheim und Philips/Eindhoven besondere Bedeutung zu.**

In der letzten Woche gab die Geschäftsleitung von Philips, dem größten europäischen Betrieb, bekannt, daß sie in den nächsten zwei Jahren 1 500 Arbeiter und Angestellte entlassen will.

Bei Blaupunkt in Hildesheim sollen durch „freiwillige Kündigungen" freigewordene Stellen nicht ersetzt werden — und zwar solange, bis die Belegschaft um 1 000 gesenkt ist. Die IG Metall hat dagegen protestiert.

Bei beiden Monopolen ist die Unterhaltungsbranche die Betroffene, die bereits im letzten Jahr, vor allem bei AEG, aber auch bei allen anderen Konzernen, starke Krisenerscheinungen zeigte, mit Entlassungen und Kurzarbeit. Auch in den Zentralen anderer Elektromonopole werden Entlassungspläne gebastelt.

DGB-Kampagne gegen Aussperrung

# Nur für geladene Gäste?

## Großkundgebung in Nürnberg —auf namentliche Einladung!

**NÜRNBERG.— Die wichtigste gewerkschaftliche Aufgabe sei es gegenwärtig, die Kampagne gegen die Aussperrung zu führen, sagte der DGB-Landesvorsitzende von Bayern, Deffner. Auf einer Konferenz der DGB-Kreisvorsitzenden wurden berechtigte, harte Worte gegen die Aussperrung gefunden. Zur selben Zeit aber wurde ein Schreiben der Verwaltungsstelle Nürnberg der IG Metall bekannt, aus dem hervorgeht, daß nur namentlich geladene Teilnehmer an der geplanten Großkundgebung teilnehmen dürfen!**

Auf der DGB-Konferenz wurde betont, daß die Aussperrung ein reiner Willkürakt der Unternehmer sei, eine aggressive Waffe, die die Rechte jeden Arbeiters grundsätzlich bedrohe. Solchen Gewerkschaften, die mit der Aussperrung angegriffen würden, müßten alle anderen Gewerkschaften mit Sympathie- und Solidaritätsstreiks zu Hilfe kommen.

Alle Kraft der Gewerkschaft, so wurde auch gegenüber der Presse betont, müsse für ein Verbot der Aussperrung eingesetzt werden.

**Offensichtlich gibt es aber auch Gewerkschaftsfunktionäre, die da anderer Ansicht sind.** Am 15. Januar 1980 verschickte die Verwaltungsstelle Nürnberg der IG Metall einen Brief an alle Vertrauenskörperleiter ihres Zuständigkeitsbereichs, wo unter der Nummer „Rundschreiben 0/5/80" darauf hingewiesen wird, es sei ein eiliger Termin, die Teilnehmer für die Großkundgebung am 16. Februar in der Messehalle A der Neuen Messe Nürnbergs namentlich anzumelden. Wörtlich heißt es da:

*„Alle Vertrauenskörperleitungen und Betriebsratseinheiten unserer Verwaltungsstelle werden aufgefordert, entsprechend dem festgelegten Delegiertenschlüssel ihre Teilnehmer namentlich zu dieser Kundgebung auf anhängendem rosa Meldebogen der Verwaltungsstelle bis spätestens Mittwoch, den 30.1.80 mitzuteilen. Der grüne Meldebogen verbleibt zur Kontrolle bei der Vertrauenskörperleitung. Nach Rücklauf der Meldebogen erhalten die VK-Leitungen die entsprechende Anzahl der Einladungen zur Verteilung."*

Man muß sich schon wundern. Um so mehr, wenn man berücksichtigt, daß auf demselben Brief das Motto „Gewerkschaftliche Kraft gegen Unternehmermacht" als Leitmotiv prangt. Die Funktionäre Klaus und Ruppert jedenfalls, die das Rundschreiben unterzeichnet haben, sind an der Erfüllung dieses Mottos und an der erfolgreichen Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgabe Nummer 1, wie sie auf der DGB-Konferenz genannt wurde, offensichtlich nicht interessiert.

Wie sonst kann man von vornherein darauf verzichten, eine wirkliche Arbeit zur Mobilisierung der Masse der Gewerkschaftsmitglieder zu leisten, und stattdessen von vorneherein eine Politik der „geladenen Gäste" steuern, die die große Masse der Mitglieder daran hindert, sich an der Kampagne zu beteiligen?

Wie sonst kann man einen ungeheuer bürokratischen Wust von rosa und grünen Meldezetteln machen, wo jeder, der teilnehmen will, seinen Namen hergeben muß? Wozu soll die namentliche Nennung der Teilnehmer überhaupt dienen?

**Das ist doch ein Weg, wie man nicht nur nicht mobilisiert, sondern wie man darüber hinaus auch noch Gewerkschafter davon abhält, sich zu beteiligen!** Mit diesem Vorgehen handeln diejenigen, die diese Kundgebung so „vorbereiten", entgegen den erklärten Absichten des DGB, entgegen ihrem eigenen Motto, entgegen den Beschlüssen der IG Metall!

Daß die Führung und die hohen Funktionäre des DGB endlich darauf reagiert haben, daß eine ständig wachsende Zahl von Gewerkschaftsmitgliedern und Funktionären einen aktiven Kampf gegen den Aussperrungsterror verlangen, ist sehr gut.

Daß aber hier offensichtlich Kräfte am Werk sind, die eine wirkliche Kampagne verhindern wollen, ist eindeutig. Denn: Wer kann überhaupt ein Interesse an den Namen der Teilnehmer einer Großkundgebung gegen die Aussperrung haben?

Die aktiven Gewerkschafter müssen dieses Vorgehen kritisieren und sich für eine wirkliche Kampagne auch der IG Metall Nürnbergs einsetzen.

Mehrere Sprecher für gesetzliches Verbot

# DGB-Kundgebung gegen Aussperrung in Oberhausen

**OBERHAUSEN. — Am 24. Januar organisierte der DGB Oberhausen eine Funktionärsversammlung in der Stadthalle, mit der die Kampagne gegen die Aussperrung am Ort fortgeführt wurde.**

Vor den 250 Teilnehmern hielt der DGB-Vorsitzende von NRW, Bleicher, eine sehr schwache Rede, dazu angetan, jede Kampfbereitschaft abzuschwächen.

Man wolle selbstverständlich das Arbeitsgericht nicht unter Druck setzen, sagte er. Und noch weitergehend: Natürlich dürfe man sich keinen wirklichen Erfolg versprechen — es könne höchstens zu einer genaueren Beschreibungen darüber kommen, welche Art der Aussperrung unzulässig sei.

**Demgegenüber verlangten der Theologe Prof. Brakelmann und der SPD-Unterbezirksvorsitzende Schanz, die Aussperrung müsse durch das Parlament verboten werden, das gesetzliche Verbot der Aussperrung sei wichtig.**

„Voran", Betriebszeitung der KPD /ML bei Ford /Köln:

# Massenentlassungen geplant?

**Ford/USA schließt noch in diesem Monat mehrere Montagewerke und entläßt 36 000 unserer amerikanischen Kollegen. Auch andere amerikanische Automobilwerke entlassen erneut Arbeiter. Insgesamt sind es einschließlich Ford 50 000 Kollegen, die entlassen werden sollen. Damit sind inzwischen über 150 000 amerikanische Automobilarbeiter ohne Arbeit!**




Die Taktik der deutschen Firmensprecher (unter ihnen Ford-Vorstandsmitglied Gaeb) heißt: „Nur keine Panik!" Auf deutsch: „Sag' den Arbeitern bloß nicht die Wahrheit, denn dann könnte ja Unruhe entstehen im Werk."

Sicher, bei uns sind bis jetzt nicht 150 000 Automobilarbeiter auf die Straße geflogen. Aber zeitweise waren bei uns auch schon über 35 000 Automobilarbeiter in Kurzarbeit (Ford Köln und Opel Rüsselsheim).

Als bei Ford die erste Kurzarbeit letztes Jahr bekanntgegeben wurde, da stand in der „Kölnischen Rundschau": „Die Kurzarbeit bei Ford ist lediglich firmenspezifisch" (20. 9.), sie läge an der falschen Modelpolitik der Ford-Konstrukteure. Zwei Monate später beginnen 15 000 Opelarbeiter mit zwei Wochen Kurzarbeit!

Wie fing es in den USA an? Da hieß es erst, Kurzarbeit und Entlassungen bei Chrysler seien firmenspezifisch, falsches Management usw.

Die 150 000 arbeitslosen amerikanischen Automobilarbeiter sind aber beileibe nicht nur Chryslerarbeiter!

Und wie war es vor Jahren bei uns? **1974/75, bei der großen Entlassungs- und Abfindungswelle wurde auch nicht vorher angekündigt, daß über 7 000 Kollegen auf die Straße fliegen sollen!**

## Auch bei uns stehen Entlassungen bevor!

Bei uns (Ford Niehl) werden bis Februar schon vierzig Tage Kurzarbeit verfahren sein, fünf Monate mit Lohneinschränkungen zwischen hundert und zweihundert Mark, teilweise sogar noch mehr.

Wie soll das denn weitergehen? Es gibt keine Aussicht auf Besserung, im Gegenteil! Wenn man die jüngsten Benzinpreiserhöhungen um 7 Pfennig bedenkt, wenn der Benzinpreis dieses Jahr womöglich auf 1,40 Mark steigt, da überlegt sich jeder einen neuen Wagen doch dreimal. Außerdem herrscht bei Ford die Produktion der großen Wagen noch vor, das verschlechtert die Verkaufschancen.

## Niedrigere Bandgeschwindigkeit — längere Taktzeiten!

Von unserer alten Forderung nach Verringerung der Bandgeschwindigkeit wollen sie auf einmal nichts mehr wissen.

Niedrigere Bandgeschwindigkeit würde angeblich Entlassungen bedeuten. Dabei gehen einige vom Betriebsrat — wie die Geschäftsleitung — von den gegebenen kurzen Taktzeiten aus.

Klar, geringere Bandgeschwindigkeit bei den gleichen kurzen Taktzeiten, da wird die Geschäftsleitung sagen, jetzt ist nicht genug Arbeit da für alle. Ja, aber wozu wollen wir denn geringere Bandgeschwindigkeit? Doch, damit die Arbeitshetze geringer wird! Also auch längere Taktzeiten!

## Entlassungen verhindern, aber wie?

Was machen denn unsere gewählten Vertreter, der Betriebsrat und die Vertrauenskörperleitung, gegen die drohenden Entlassungen? Sie wissen womöglich schon von Entlassungsplänen der Geschäftsleitung, statt aber unseren Kampf dagegen zu organisieren, halten sie beharrlich das Maul.

Sie kalkulieren eventuell sogar Entlassungen ein und möchten am liebsten nur über Abfindungen verhandeln. Aber da sollten wir uns nicht täuschen lassen, Abfindungen sind gar nicht so sicher.

1974/75, als die Abfindungswelle bei Ford war, da war die allgemeine Wirtschaftssituation nicht so schlecht wie heute. Da konnte man noch schnell einen anderen Arbeitsplatz finden. Heute entlassen sie alle, ob sie Hoesch, AEG oder Rheinkabel heißen. Mit Hinweis auf die allgemein schlechte Situation werden die Ford-Kapitalisten versuchen, selbst Abfindungen abzulehnen oder lächerlich gering zu halten.

Dieser Abfindungspoker ist kein Kündigungsschutz. Einzig möglicher Kündigungsschutz ist und bleibt unser gemeinsamer Kampf gegen die drohenden Entlassungen. Und der muß hier und heute in der Gewerkschaft organisiert werden.

Erinnern wir uns, wie es 1975 in Neckarsulm bei Audi/NSU war. Da hatte der VW-Konzern beschlossen, das Werk Neckarsulm zu schließen. 10 200 Arbeiter und zusätzlich viele aus Zulieferbetrieben wären ohne Arbeit gewesen. Die Arbeiter in Neckarsulm aber nahmen den Kampf auf, zu einer Demonstration kamen über 20 000 Arbeiter, sie organisierten Warnstreiks — und sie erreichten, daß die Stillegung zurückgenommen wurde. Ebenso machten im folgenden Jahr die VW-Arbeiter aus Emden Stillegungspläne „ihrer" Kapitalisten zunichte. Neckarsulm und Emden zusammengenommen, wurden durch den Kampf über 18 000 Arbeitsplätze gerettet. Diese Kollegen wären ohne Kampf heute arbeitslos.

## Die Vertrauensleute müssen aktiv werden!

Wo werden bei uns in Niehl Vorbereitungen für Kampfmaßnahmen gegen drohende Entlassungen getroffen? Wo werden bei uns Forderungen gestellt, die Entlassungen entgegenwirken? Zum Beispiel die Forderung nach vollem Lohnausgleich für Kurzarbeit, nach Verringerung der Bandgeschwindigkeit und längeren Taktzeiten, die Forderung nach der 35-Stunden-Woche? Wird das in den V-Leute-Sitzungen diskutiert? Dort, wo V-Leute das aufgreifen, sorgt die Leitung dafür, daß es schnell wieder unter den Tisch kommt.

Solange Leute vom Schlage Allrup und Kuckelhorn sich in der Gewerkschaft mit ihren abwieglerischen Ideen durchsetzen können, solange sind wir auf verlorenem Posten. Wir können unseren Kampf gegen die drohenden Entlassungen nur gewinnen, wenn wir diese abwieglerische Linie schlagen.

Unsere Forderungen und unser Vorgehen müssen bei jeder V-Leute-Sitzung auf den Tisch, jeder V-Mann muß diese Probleme aufgreifen, jeder Kollege muß seinen V-Mann darauf anhauen, in jeder Abteilung müssen diese Probleme diskutiert werden.

(Anmerkung der Red.: leicht gekürzt; Zwischenüberschriften von uns)

# Widerstand gegen Entlassungen bei der DDR-Reichsbahn

## SEW verteidigt die Beseitigung von 500 Arbeitsplätzen

**WESTBERLIN. — Die Mitte Januar bekanntgewordenen Entlassungen bei der DDR-Reichsbahn in Westberlin sind umfangreicher, als zunächst angenommen — 500 Werktätige sollen gefeuert werden. Diese brutale Kündigungswelle der DDR-Manager hat beträchtlichen Unmut und Unruhe ausgelöst.**

Am Montag, den 14. Januar hatten Parteisekretäre der Westberliner SEW auf Teilbetriebsversammlungen noch großartig vom Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus gesprochen und auf die geplanten Entlassungen bei AEG verwiesen. So etwas gäbe es im Sozialismus — gemeint war die DDR — nicht. Bleiben sie bei dieser Aussage, so haben sie nur zwei Tage später zum ersten Mal selbst zugegeben, daß das DDR-System in Wirklichkeit kapitalistisch ist. Am 16. Januar wurden nämlich mehrere hundert Entlassungsbriefe verschickt (siehe auch „Roter Morgen" 4/80). Bis zum 1. April soll die Zahl der Entlassungen auf 500 ansteigen, **das ist jeder Achte der ganzen Belegschaft.**

Die urkapitalistische Begründung für die Entlassungswelle lautete dann auch schlicht „Personalkosteneinsparung". Die Betriebsgewerkschaftsleitung des FDGB, in dem die Reichsbahner Westberlins organisiert sind, hat diesen Entlassungen zugestimmt.

Das führte zu großen Protesten der Belegschaft. Vertrauensleute besprachen die Möglichkeit eines Mißtrauensvotums für die Gewerkschaftsleitung, mit dem diese zum Rücktritt gezwungen werden sollte, Teile der Belegschaft planten einen Streik. **„Wer streikt wird entlassen" — das war die Reaktion der Betriebsführung.** Eine eindeutigere Haltung kann man nicht mehr einnehmen — das ist der Ton der Kapitalisten, die in ihrem Haus der Herr sein wollen und es nicht dulden, daß die Arbeiter sich wehren.

Während die Westberliner Presse, für die diese Entlassungen ein gefundenes Fressen darstellt, einmal mehr alles tut, um die Überlegenheit des kapitalistischen westlichen Systems über das angeblich sozialistische System der DDR zu beweisen, hat die Führung der SEW in ihrem Organ „Wahrheit" auch noch den traurigen Mut, die Entlassungen zu verteidigen.

Obwohl zahlreiche Informationen davon sprechen, daß auch SEW-Mitglieder entlassen werden, daß auch unter ihnen die Empörung groß ist, rechtfertigt die „Wahrheit" die Vernichtung von 500 Arbeitsplätzen mit dem Hinweis auf Verluste, die der DDR-Reichsbahn durch die westlichen Unternehmungen entstehen würden.

OB Wallmann strafft die Zügel

# Frankfurt saniert öffentlichen Dienst

## Im Sozialbereich wird der Hebel angesetzt

**FRANKFURT. — In zunehmendem Maße werden auch städtische Behörden von der Rationalisierungswelle erfaßt. Im Buchführungsbereich hat der Verdrängungstrend durch den Kollegen Computer längst eingesetzt, im Sozialbereich sollen schlicht Stellen gestrichen werden.**

Aus Frankfurt ist zu hören, daß die Spitzen der Stadt den Sozialarbeitern zunehmend das Leben schwer machen. Gegenwärtig haben sie sich vor allem die aktiven Gewerkschafter aufs Korn genommen, von denen sie zu Recht fürchten, daß sie die Kollegen im Kampf gegen die Rationalisierung im Sozialbereich, die die Sozialarbeiter und die Bevölkerung in gleichem Maße trifft, führen.

Doch da es um die Durchsetzung einer rigorosen Sparpolitik auf Kosten der Bevölkerung geht, insbesondere der Arbeitslosen, Schwerbehinderten etc., wird die Entlassung fortschrittlicher Kollegen nur der Anfang sein. Die Gefahr, im Laufe der Monate dem Sparregime zum Opfer zu fallen, besteht für alle Kollegen, unabhängig davon, ob sie aktive Gewerkschafter sind oder nicht. (Siehe auch auf Seite 8 unter Volkskorrespondenzen.)




„Roter Lautsprecher", Betriebszeitung der KPD /ML für Siemens-Witten

# Erst Wechselschicht — jetzt Nachtschicht!

## Betriebsräte verstoßen gegen IGM-Beschlüsse

**Nachdem erst vor nicht allzu langer Zeit bei uns die Wechselschicht eingeführt worden ist, geht es jetzt mit Nachtschicht weiter. Die Kollegen an den neuen Prüfautomaten arbeiten seit Jahresbeginn in drei Schichten; vorerst für ein Jahr.**

„Schichtarbeit macht krank" — unter dieser Überschrift wurde vor gut einem Jahr in den Zeitungen über eine Untersuchung berichtet, die Minister Farthmann veranlaßt hatte. Da hieß es:

*„Von 2 750 untersuchten Arbeitnehmern wurden folgende ‚schwerwiegende gesundheitliche Schäden' bei Schichtarbeitern festgestellt: ‚66 Prozent der Schichtarbeiter klagen über Schlafstörungen (bei den anderen Arbeitnehmern waren es nur elf Prozent), 64 Prozent über nervöse Störungen (25 Prozent bei den Arbeitnehmern ohne Schichtarbeit), 34 Prozent (10,5) über gastritische Beschwerden und 53 Prozent (vier Prozent) über Appetitlosigkeit.'*

*Beobachtungen an ehemaligen Schichtarbeitern haben laut Farthmann ergeben, daß 39 Prozent an Magengeschwüren litten, 32 Prozent an nervösen Störungen, 8 Prozent an Kreislauferkrankungen und 11 Prozent an anderen Krankheiten wie Nieren- oder Gallenbeschwerden. Bei Nacht- und Schichtarbeitern seien beispielsweise Magengeschwüre achtmal so häufig wie bei Nichtschichtarbeitern."*

Andere Untersuchungen, die in „Metall" (Nr. 21/78) zitiert werden, beweisen, welche schweren familiären und sozialen Belastungen mit der Schichtarbeit verbunden sind. Aus all diesen Gründen tritt die IG Metall für eine Einschränkung der Schichtarbeit ein.

Das ist die einzig richtige Haltung! Die Unternehmer werden immer „gute Gründe" haben, Schichtarbeit einzuführen. Sie werden immer tränenden Auges Geschichten erzählen, daß unsere Arbeitsplätze gefährdet sind, wenn wir uns ihrem Willen nicht fügen. Genauso wie sie in jeder Tarifrunde schreien, unsere Forderungen führen zum absoluten Zusammenbruch der Wirtschaft. Diese „guten Gründe" sind letztlich immer der Profit.

Und daß die Unternehmer mehr verdienen, viel mehr verdienen, wenn die Maschinen rund um die Uhr laufen und möglichst noch Samstags und Sonntags, das ist klar. Sie verdienen soviel daran, daß sie sogar bereit sind — unsere Werksleitung auch —, „freiwillige Zulagen" zu zahlen. Aber kann man die Ruinierung der Gesundheit und des Familienlebens der Kollegen mit ein paar Pfennigen abgelten? **Die Gewerkschaft hat beschlossen: Nein! — und da stehen wir voll dahinter!**

Dennoch hat der Betriebsrat mit einer Mehrheit von zehn Stimmen der Nachtschicht zugestimmt. Es ist wieder einmal offensichtlich, daß für eine Reihe unserer Betriebsräte — die Rein-Liste sowieso — das Profitinteresse von Siemens wichtiger ist, als das Interesse der betroffenen Kollegen und die Beschlüsse unserer Gewerkschaft.

(Anmerkung der Red.: Die Rein-Liste setzt sich aus reaktionären Gewerkschaftsmitgliedern zusammen; sie stellt den Vorsitzenden. Die RGO-Betriebsrätinnen stimmten mit anderen Betriebsratsmitgliedern gegen die Nachtarbeit.)

Sprengel entlässt 600 Beschäftigte

# Alle Versprechungen gebrochen

## Steuergelder für Betriebsschließung

**HANNOVER. — Im Oktober kaufte der Besitzer der Schokoladenfabrik Stollwerk, Imhoff, die Schokoladenfabrik Sprengel in Hannover vom US-Multi Nabisco. Damals hieß es, wenn die Stadt Hannover und der Staat Niedersachsen genügend Finanzhilfe leisteten, könnten größere Entlassungen vermieden werden. Jetzt wurde bekanntgegeben, daß die gesamte Pralinenfabrikation in Hannover geschlossen werden soll. 600 der 1 000 Sprengelbeschäftigten werden auf die Straße gesetzt!**

Beim Kauf der Sprengelwerke hatte Imhoff den staatlichen Stellen ganz konkrete finanzielle Forderungen gestellt, die er als Hilfe brauche, wenn der Betrieb weitergeführt werden soll. Dafür ist Hannover ein gutes Pflaster, schließlich ist dort ein Ministerpräsident, der sich als früherer Bahlsen-Manager in der Branche auskennt, und alten Kollegen hilft man besonders gerne.

Nachdem diese Forderungen Imhoffs offensichtlich alle erfüllt wurden und er Sprengel somit für ein Butterbrot aufkaufen konnte, wurde die Tonart seiner Äußerungen plötzlich anders.

Nun ging es nicht mehr um Arbeitsplätze, Beibehaltung der Produktion und sonstige soziale Wohltaten — **ab 1981 muß wieder rentabel gearbeitet werden!** Das war jetzt der Tenor.

Und für dieses Ziel braucht man eben die staatlichen Zuschüsse, dafür müssen 600 Menschen auf die Straße geworfen werden.

Der Widerstand der Belegschaft, die schon gegen die Schließungspläne von Nabisco aktiv geworden war, muß jetzt erneut organisiert werden, um die Erhaltung der Arbeitsplätze zu sichern.

Provokatives Angebot jetzt schon in acht Bezirken

# Kapitalisten wollen Lohnsenkung politisch begründen

## Kampfeswille in Betrieben wächst

**FRANKFURT/MAIN.—Bereits in acht Tarifbezirken hat der Unternehmerverband Gesamtmetall sein unverschämtes Angebot, die Löhne um 4,3 Prozent zu „erhöhen", jetzt vorgelegt; in den noch ausstehenden Bezirken ist nichts anderes zu erwarten. Dabei verlangen die Unternehmerverbände öffentlich, die Werktätigen der Metallindustrie sollten für die Krise und die imperialistischen Kriegsvorbereitungen im Mittleren Osten zahlen.**

Wie die IG Metall mitteilte, betonten die Unternehmer bei den ersten Tarifgesprächen in Süd-württemberg-Hohenzollern (wo sie zum ersten Termin erst gar nicht erschienen waren), das 4,3-Prozent-Angebot sei nicht nur wirtschaftlich sinnvoll, sondern es sei auch ein politisch begründetes Angebot angesichts der heutigen Weltlage.

Der Geschäftsführer des Unternehmerverbandes Gesamtmetall, Kirchner, prägte — mit unnachahmlicher Dreistigkeit — bereits die Formel von der „afghanischen Lohnrunde" und forderte die IG Metall auf, ihre Lohnforderung zu senken.

Mit dieser politischen Druckkampagne wollen die Kapitalisten die IG Metall, die Metallarbeiter insgesamt einschüchtern. In typisch imperialistischer Manier sollen die Werktätigen Lohnverzicht üben, um die militärischen Abenteuer der Herren der Bundesrepublik zu finanzieren.

**Plötzlich werden alle Beteuerungen, Lohnverhandlungen seien eine völlig unpolitische Angelegenheit, die Gewerkschaften sollten sich gefälligst von der Politik fernhalten und andere Argumente, die zum ständigen Arsenal der Unternehmer gehören, weggewischt, vergessen. Politische Krise? Manches fällt den Unternehmern dazu ein, aber eines der ersten ist — Löhne runter!**

Das Angebot der Kapitalisten ist die offene Forderung nach einer Lohnsenkung. Denn trotz der Manipulation mit dem neuen Warenkorb, nach dem jetzt die Preissteigerungsrate berechnet wird, und der dazu dienen soll, die Preiserhöhungen niedriger scheinen zu lassen, ist es allgemein bekannt, daß selbst die offizielle Teuerungsrate schon über 5 Prozent liegt. Und gerade in den letzten Tagen und Wochen sind bereits wieder sehr massive Preiserhöhungen von den Unternehmern diktiert oder angedroht worden.

In den Betrieben wächst in dieser Situation der Unmut. Die Lohnsenkungsabschlüsse des letzten Jahres haben sich angesichts des wahnwitzigen Preisterrors der Ölmonopole und in ihrem Gefolge aller Kapitalisten stark auf den Lebensstandard der Werktätigen ausgewirkt.

Zur Erfüllung der Forderungen der IG Metall muß jetzt angesichts der Unternehmerkampagne die ganze gewerkschaftliche Kraft eingesetzt werden. Erste Warnstreiks aus dem württembergischen Raum, die in diesen Tagen gemeldet wurden, weisen da den Weg.



**Streikposten der IG Metall im März 1978: In dem langen Streik der baden-württembergischen Metallarbeiter vor fast zwei Jahren kam die wachsende Entschlossenheit zutage, mit der die Arbeiter unseres Landes für ihre Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen eintreten.**

„Metall"-Zeitung zur Gegendarstellung verpflichtet

# Frankfurter Richter schützen Strauß

## Zensur wird verschärft

**FRANKFURT.— Das Oberlandesgericht Frankfurt/Main hat die IG-Metall-Zeitung „Metall" dazu verurteilt, eine Gegendarstellung von F.J. Strauß zu ihrem Artikel in Nummer 14/79 auf der Titelseite der Nummer 1/80 zu veröffentlichen. Mit diesem — in der bisherigen Rechtsprechung der westdeutschen Gerichte einmaligen — Urteil, wird die allseitige Kampagne zur Politur des F.J. Strauß zum Demokraten und der Knebelung jeglicher Opposition entscheidend verschärft.**

Zum ersten Mal wurde einer Zeitung die Auflage gemacht, eine Gegendarstellung auf der Titelseite zu veröffentlichen, damit jeder Leser sofort merken soll, daß es sich hier um etwas besonders Wichtiges handelt — die Ehrenrettung eines typischen Vertreters dieser Republik nämlich.

Der Kern des Urteils besagt, daß das Zitat in „Metall" Nummer 14/79, in einer so kurzen Fassung wie dort gebracht, sinnentstellend und für Straußens Ansehen abträglich sei.

Es handelt sich dabei um das allgemein bekannte Zitat: *„Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner mehr es wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen".* Strauß behauptet, er habe damit die Baader-Meinhof-Gruppe gemeint. Und, obwohl die „Metall"-Anwälte zu Recht anführten, diese hätten ja wohl nicht das Maul aufgemacht und könnten deshalb auch nicht gemeint sein, obwohl sie zahlreiche andere Stellen aus seiner Sonthofener Rede des Jahres 1974 brachten, in denen von SPD-Politikern die Rede ist, die Banditen seien, trotz aller dieser unumstößlichen Tatsachen befanden die Herren Richter, man müsse Strauß gefälligst so zitieren, wie er es haben will.

Mit diesem Urteil ist gewährleistet, daß jeder Politiker das Recht hat, in der Presse und von Journalisten nur noch so zitiert zu werden, wie er es verlangt, wie es ihm paßt. Mit diesem Urteil soll gewährleistet werden, daß Strauß damit fortfahren kann, bei seinen Versammlungen, garniert von Repräsentanten der Königshäuser vergangener Jahrtausende und anderer Tausendjähriger des In- und Auslands, eine nationalistische, ultrareaktionäre Hysterie zu entfachen, Stimmungen niederster Art aufzupeitschen, und nachher von den Medien eine ihm genehme Berichterstattung abzufordern.

**Daß dieses Urteil gerade die „Metall" trifft, ist kein Zufall. Dasselbe Zitat hatte der „Spiegel" schon vor Jahren gebracht, allerdings ohne Folgen. Aber damals schickte sich Strauß noch nicht an, das Schicksal der Deutschen bestimmen zu wollen. Gerade gegen diese Absicht aber ist in den Gewerkschaften des DGB eine breite Opposition vorhanden. Unabhängig von ihren eigenen parteipolitischen Standpunkten weiß eine übergroße Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder, was sie von einem Kanzler Strauß zu erwarten hat.**

Und gerade um diesen Widerstand in den Gewerkschaften, gerade um den Widerstand der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes geht es den Herren in München und den Richtern in Frankfurt.

Straußens Kampagne gegen die wirklichen und angeblichen Kommunisten in den Gewerkschaften, die Absprachen, die die DGB-Führung — Vetter, genauer gesagt — offensichtlich mit Strauß über ein Stillhalteabkommen getroffen hat, und jetzt die Justiz — mit allen Mitteln also, politisch, organisatorisch und juristisch soll diese demokratische Opposition eingeschüchtert, unterdrückt, beseitigt werden.

Die 7 Millionen Gewerkschafter — **denn stellvertretend** für diese wurde die „Metall"-**Redaktion verurteilt — sollen sich gefälligst politisch enthalten, sollen am Wahltag zwischen** Schmidt und Strauß wählen und ansonsten ein stilles Publikum für alle Machenschaften abgeben.

Dieser eindeutige Fall der Zensur gegen eine Gewerkschaftszeitung, dieses Urteil eines Klassengerichts gegen die Arbeiterbewegung, das ist die **staatliche Drohgebärde, die den** Druck der DGB-Führung auf die Mitgliedschaft faktisch legalisieren soll — wer gegen Strauß mit dessen eigenen Worten kämpft, der wird unter Strafe gestellt, gerade wenn er Gewerkschaftsmitglied ist.

Die in letzter Zeit durchgeführten Versammlungen von gewerkschaftlichen Gremien einer ganzen Anzahl von Einzelgewerkschaften des DGB haben aber eindeutig gezeigt, daß diese Versuche der Einschüchterung und Unterdrückung fehlschlagen — die demokratische Bewegung gegen Strauß entfaltet sich immer mehr. Gerade die Kommunisten und die revolutionären Gewerkschafter, die Straußens Programm des frontalen Angriffs auf die Rechte und den Wohlstand der Werktätigen am besten kennen, müssen mit aller Kraft dafür sorgen, daß diese Bewegung der Gewerkschafter sich weiter entwickelt, immer stärker wird, so daß es die Arbeiter unseres Landes sein werden, die einen Strich durch die Pläne jener Herren machen, die Strauß als Kanzler sehen wollen.

Regierung verkündet Lohnleitlinie

# Bonn verlangt: nicht mehr als 6,5 Prozent

**BONN.— Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, der am 30. Januar vom Kabinett beschlossen werden soll, wurde der Presse frühzeitig übergeben. Der Grund liegt auf der Hand. Damit sollen die Lohnverhandlungen, vor allem in der Metallindustrie, nachhaltig beeinflußt werden. Zentrale Aussage des Berichts ist es nämlich, daß Lohnerhöhungen zwischen 6 und 6,5 Prozent der Lage „angemessen" seien.**

Als Argument für diese Zahl werden alle jene sogenannten Fakten aufgezählt, die die Unternehmerverbände seit Wochen verbreiten und den Experten der Regierung sozusagen „vorgekaut" angeliefert haben. Hauptgrund einer so begrenzten Lohnsteigerung sei die Verteuerung der Ölpreise. Die Preistreiberei beim Öl, so übernimmt die Regierung wörtlich das Argument des Unternehmerverbandes, beschneide den Spielraum für die Verteilung des Einkommens.

Alle möglichen Hilfsargumente werden ebenfalls übernommen: So die eingeplante Preissteigerungsrate von 4,5 Prozent — wo großzügig darüber weggesehen wird, daß die Preise für Ölprodukte im Jahr 1980, einen knappen Monat alt, schon um acht und mehr Prozent gestiegen sind. Ebenso wird schlicht vergessen zu erwähnen, daß die Preise ja seit der letzten Lohntarifrunde auch schon gewaltig gestiegen sind.

Derlei Dinge könnte man an diesem Wirtschaftsbericht noch viele anmerken. Das alles läßt sich jedoch auf eine einzige Tatsache hin zusammenfassen: **Mit aller Gewalt und allen nötigen Verdrehungen soll die Unternehmerkampagne gegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften unterstützt werden.**

Der Gewerkschaftskommentar

Leider gibt es „Kollegen" in unseren Gewerkschaften, die — weit davon entfernt, den DGB gegen gewerkschaftsfeindliche Attacken zu verteidigen — genau das Gegenteil betreiben. Kaum haben Strauß, Esser oder Graf Lambsdorff wieder einmal zum Schlag ausgeholt, schon blasen besagte „Kollegen" (es handelt sich meist um höhere Funktionäre) ins genau gleiche arbeiterfeindliche Horn.

# Die ÖTV-Führung, Strauß und der Verfassungsschutz

So war es, als Franz Josef Strauß die Kampagne gegen die angebliche kommunistische Unterwanderung des DGB startete. Ein ähnlich eklatanter Fall ist das Verhalten der ÖTV-Spitze im Zusammenhang mit der skandalösen Bespitzelung von Betriebsräten und Vertrauensleuten, die im letzten Jahr ans Licht der Öffentlichkeit gelangte.

Als diese ungeheuerlichen Staatsschutzpraktiken gegen die Gewerkschaftsbewegung bekannt wurden, hagelte es an der DGB-Basis Proteste. In zahlreichen Entschließungen wurde ihre sofortige Beendigung gefordert.

Just in dieser Situation hatte das für die dubiose ÖTV-Fachgruppe Verfassungsschutz zuständige Mitglied des ÖTV-Hauptvorstands, Albrecht Rothländer, nichts besseres zu tun, als diesem gewerkschaftlichen Protest in den Rücken zu fallen. Rothländer scheute sich nicht, die skandalösen Bespitzelungspraktiken voll zu rechtfertigen.

Rothländers Verhalten, das offenkundig vom ÖTV-Hauptvorstand gedeckt wird, löste naturgemäß Unruhe im gesamten DGB aus. Unter anderem drückt sich dies in einem empörten Leserbrief von 21 Kollegen aus, der von der Mitgliederzeitung der IGM, „Metall", veröffentlicht wurde. Rothländer sah sich zu einer Antwort genötigt, die nun in der neuesten Ausgabe von „Metall" (Nr. 2/23. Januar 1980) abgedruckt ist. Rothländer schreibt unter anderem:

*„Der Kern der Sache liegt darin, daß die Verfassungsschutzbehörden einen bestimmten gesetzlichen Auftrag haben, insbesondere nämlich Information über verfassungswidrige Bestrebungen zu sammeln und auszuwerten (...).*

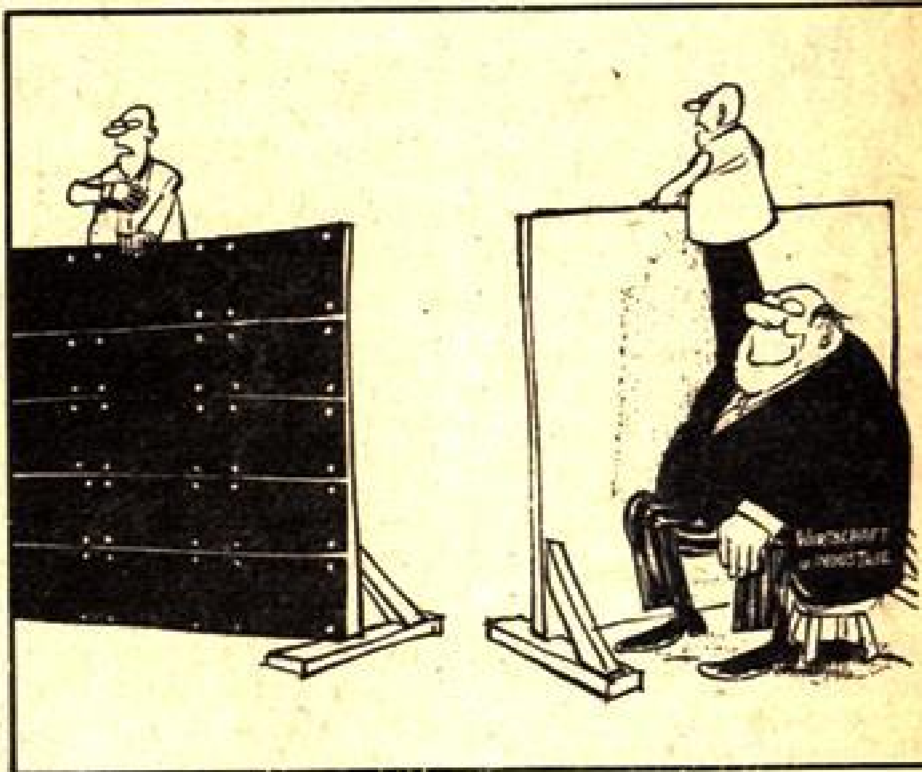
*(...) Soweit die Verfassungsschutzbehörden in enger und strenger Anlehnung an diesen Auftrag tätig sind, kann — auch dies habe ich gesagt — niemand, auch kein Betriebsratsmitglied beanspruchen, von Überprüfungen durch den Verfassungsschutz freigestellt zu sein. Vor dem Gesetzt sind nämlich alle gleich: Privilegien, für wen auch immer, darf es nicht geben."*

Dies schreibt Rothländer in einer Situation, wo Otto Esser und Co. den DGB wegen seines Kampfes gegen die Aussperrung öffentlich verfassungsfeindlicher Bestrebungen bezichtigen!

**Welches der rund siebeneinhalb Millionen DGB-Mitglieder kann da überhaupt noch *„beanspruchen, von Überprüfungen durch den Verfassungsschutz freigestellt zu sein"?!* Schließlich sind in unserer Demokratie vor dem Gesetz alle gleich und *„Privilegien, für wen auch immer, darf es nicht geben"!***

Im letzten Jahr wurde zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik eine Demonstration des DGB verboten. (Die Demonstration gegen die NPD in Frankfurt am 17. Juni) Gleichfalls zum ersten Mal wurde ein Streik, zudem eine DGB-Gewerkschaft aufgerufen hatte, gerichtlich verboten (der geplante Warnstreik der RFFU an den Rundfunkanstalten). Auch wurde im letzten Jahr F.J. Strauß Kanzlerkandidat. Strauß träumt bekanntlich davon, mit dem DGB ähnlich umzuspringen, wie es das Pinochet-Regime in Chile mit den Organisationen der Arbeiter tut.

Ist es nicht beruhigend, in solchen Zeiten Leute wie Rothländer in der Gewerkschaftsführung zu wissen? Hat da jemand gesagt: „Wehret den Anfängen"? Notieren, den Mann!



**Der Abgeordnete als Sprecher der Kapitalistenverbände: Diese Karikatur des „Spiegels" zeigt, daß dieses Verhältnis selbst in der bürgerlichen Presse nicht mehr verschwiegen werden kann, da immer mehr Tatsachen für diese Art der Interessenvertretung aufgedeckt werden. Der diesjährige Jahreswirtschaftsbericht der Regierung paßt einmal mehr genau in dieses Verhältnis. Die Arbeit der Fachleute und Bürokraten der Ministerien wird von den Kapitalistenverbänden gesteuert.**




1971 fand die bisher größte Bauerndemonstration in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte statt. 60000 Bauern demonstrierten in Bonn gegen die Runinierung der bäuerlichen Landwirtschaft. Nun gilt es, an diese Tradition anzuknüpfen!

### Deutscher Bauernverband ruft zu Kundgebungen auf

# Der Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft entgegentreten!

**Im Spätherbst des letzten Jahres wiesen kleine Meldungen der Nachrichtenagenturen darauf hin: Das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes (DBV) hatte beschlossen, seinen Planungsausschuß einzuberufen, um Kampfmaßnahmen zu beraten. DBV-Chef Freiherr von Heeremann ließ in diesem Zusammenhang gegenüber dem Deutschlandfunk verlauten, daß sich die Situation der Landwirtschaft vor Ort unter anderem durch hohe Zinsbelastung und steigende Verschuldung drastisch zugespitzt habe. Mittlerweile sind erste Protestaktionen für Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen beschlossen worden.**

Die Situation der bäuerlichen Landwirtschaft vor Ort hat sich in der Tat derart zugespitzt, daß Kampfmaßnahmen längst überfällig sind. Es ist nur zu begrüßen, daß das Präsidium des DBV verschiedene Aktionen in die Wege leitet. Allerdings wird noch zu fragen sein, warum Heeremann im gleichen Atemzug darauf hinwies, daß er nur an Saalkundgebungen denke, nicht aber an Treckerdemonstrationen.

Aus dem 6. Lagebericht des DBV, der im Dezember 1979 vorgelegt wurde, geht hervor, daß es mit der bäuerlichen Landwirtschaft weiter abwärts gegangen ist.

Während die Erzeugerpreise weiterhin auf extrem niedrigem Niveau stagnierten, stiegen die Ausgaben für Futter- und Düngemittel, für Energie sowie für die Unterhaltung der Maschinen und Wirtschaftsgebäude um etwa 3 Prozent auf rund 30 Milliarden Mark. Diese Zahlen beziehen sich wohlgemerkt auf **sämtliche** Produzenten in der Landwirtschaft.

Während Großbauern und Agrarkapitalisten die Verteuerung der Rohstoffe und anderer Betriebskosten durch verschärfte Rationalisierung und gesteigerte Arbeitshetze kompensieren konnten, schlug die Kostensteigerung voll auf die durch den Familienbetrieb bestimmte bäuerliche Landwirtschaft durch.

Im letzten Jahr hatte die bäuerliche Landwirtschaft Einkommenseinbußen von mehr als 7,5 Prozent zu verzeichnen.

Am 6. Dezember 1979 schrieb das „Handelsblatt“: „Auf eine landwirtschaftliche Vollarbeitskraft bezogen, betrug 1978/79 der ‚verfügbare Einkommensrest‘, aus dem noch die Steuern und die soziale Absicherung zu zahlen sind (vergleichbar mit dem **Bruttolohn eines Industriearbeiters — Red.), rund 13 550 Mark, 6 Prozent weniger als 1977/78.**“

Der Produktionswert der westdeutschen Landwirtschaft wird nach Angaben des „Handelsblattes“ trotz des durchschnittlichen Einkommensverlustes um 2,5 Prozent wachsen.

**Diese wenigen Zahlen zeigen, daß die Produktionssteigerung der Landwirtschaft nur auf der Basis der weiteren Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern möglich ist, daß der Klassengegensatz auch auf dem Lande existiert und daß die bäuerliche Landwirtschaft sich nur im Kampf gegen die weitere Ruinierung zur Wehr setzen kann.**

Angesichts dieser sich immer mehr verschlechternden Lage drängen die kleinen und mittleren Bauern schon seit langem auf Kampfmaßnahmen gegen die Bürokraten in Bonn und Brüssel, die nichts besseres zu tun haben, als durch eine wahre Sintflut von Verordnungen die Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft zu beschleunigen, die Großbauern und Agrarkapitalisten dagegen **durch Subventionen und andere** Wettbewerbsvorteile zu unterstützen.

Nun ist es eine entscheidende Eigenschaft des DBV, daß er vollständig von den Großbauern, Großgrundbesitzern und Agrarkapitalisten kontrolliert wird, die nicht das geringste Interesse am Kampf gegen die Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft haben, betrachten sie diese doch als lästige Konkurrenten.

Zwei Gründe sind es, die das DBV-Präsidium trotzdem bewogen haben, verschiedene Aktionen zu organisieren.

Zum einen ist es sicherlich der Druck der Basis. Die von der Ruinierung bedrohten Bauern wollen endlich Taten sehen. Nicht umsonst sind in Niedersachsen bereits zwei Kundgebungen angesetzt, denn das niedersächsische Landvolk (so heißt der Landesverband des DBV in Niedersachsen) hat mit etwa 90 Prozent einen sehr hohen Organisationsgrad.

**Würden die DBV-Präsidialen weiter die Hände in den Schoß legen, bestünde für sie die Gefahr, daß ihnen die Bewegung aus den Händen gleitet, sich radikalisiert und direkt gegen sie selbst, den Klassenfeind der bäuerlichen Landwirtschaft richtet.**

Der zweite Grund ist darin zu suchen, daß innerhalb der Bourgeoisie ein scharfer Kampf um die Verteilung des Staatshaushaltes tobt, daß die verschiedenen Finanzgruppen einen Kampf um den Löwenanteil der Staatskasse in Form von Subventionen führen.

In diesem Kampf sind die Agrarkapitalisten und die Großbauernschaft bestrebt, die bäuerliche Landwirtschaft als Reserve ins Feld zu führen, um Druck auf den Staat auszuüben, um unter dem Vorwand der staatlichen Hilfe für die bäuerliche Landwirtschaft sich selbst Steuervorteile und Subventionen zu verschaffen.

Doch auch an diesem Punkt muß die DBV-Spitze vorsichtig taktieren, besteht doch die Gefahr, von einer erst einmal begonnenen Protestwelle überrollt zu werden.

Das sind die wesentlichen Gründe, daß der DBV verschiedene Protestkundgebungen beschlossen hat, gleichzeitig aber bestrebt ist, die Wut und Empörung der kleinen und mittleren Bauern, deren Kampf gegen den Bonner Staat und die EG ein Existenzkampf ist, nicht voll zum Ausbruch kommen zu lassen; deshalb der bedeutsame Hinweis des Freiherrn von Heeremann, diesmal die Trekker zu Hause zu lassen.

Für die bäuerliche Landwirtschaft erwächst daraus die Aufgabe, unter Ausnutzung der vom DBV organisierten Protestaktionen umfassend den Kampf gegen die Vernichtung ihrer Existenz zu führen, den vom DBV vorgegebenen Rahmen zu sprengen.

**Die Revolutionäre Landvolkbewegung (RLB) hat die kleinen und mittleren Bauern aufgerufen, alle Kräfte anzuspannen, damit die geplanten Aktionen auch wirklich zu einem Erfolg für die bäuerliche Landwirtschaft werden, trotz vorhersehbarer Sabotageaktionen durch die Verbandsspitzen.**

### Die umfangreiche Tätigkeit des DBV-Präsidenten

# 1 000 Hektar — 1 000 Ämter

### Die bäuerliche Landwirtschaft bleibt außen vor

**Constantin Freiherr von Heeremann ist Präsident des Deutschen Bauernverbandes. Ein Blick auf die soziale Lage dieses blaublütigen Präsidenten zeigt, daß er mit den Sorgen und Nöten der bäuerlichen Landwirtschaft nicht viel am Hut haben kann.**

Der Freiherr ist stolzer Besitzer eines 1 000 Hektar großen Waldes. Sein landwirtschaftlicher Betrieb umfaßt 110 Hektar, weitere 80 Hektar hat er verpachtet. In seinem Rennstall werden 22 Pferde trainiert, sechs davon befinden sich im Privatbesitz von Heeremann. Wieviel Aktien er besitzt, weiß niemand genau zu sagen.

Im folgenden eine kleine Auswahl seiner zahlreichen Ämter, die auf seinen Schultern lasten:

- Präsident des Deutschen Bauernverbandes
- Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes
- Vorsitzender des Bundesarbeitskreises für Erwachsenenbildung
- Vorsitzender des Kuratoriums für den Bundesmilchförderungsfond
- Vorsitzender des landwirtschaftlichen Kreisverbandes Tecklenburg
- Vorstand des Generallandschaftsrates der Westfälischen Landschaft
- Verwaltungsratsvorsitzender des Absatzförderungsfonds der deutschen Agrarwirtschaft
- Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost
- Verwaltungsrat der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt
- Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau
- Verwaltungsrat der Deutschen Genossenschaftskasse
- Aufsichtsrat beim Landwirtschaftsverlag Hiltrupp
- Aufsichtsrat bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank
- Aufsichtsrat beim Deutschen Milchkontor
- Aufsichtsrat bei Bayer-Leverkusen
- Aufsichtsrat bei der Westfälischen Central-Genossenschaft
- Aufsichtsrat bei der Klöckner-Humboldt-Deutz AG, usw.

## Protestkundgebungen des Deutschen Bauernverbandes

**Dienstag, 5. Februar** in **Oldenburg;** es spricht: DBV-Präsident von Heeremann
**Mittwoch, 6. Februar** in **Göttingen**
**Montag, 24. März** in der **Essener Gruga-Halle;** es spricht: DBV-Präsident von Heeremann

### Die Revolutionäre Landvolkbewegung nimmt Stellung zu den Aktionen des Bauernverbands

# „Massiv den Protest vortragen!“

**Die Revolutionäre Landvolkbewegung (RLB) betrachtet es als eine wichtige Aufgabe, den Kampf der kleinen und mittleren Bauern gegen die Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft zu organisieren. Welche Aufgaben sich die RLB im Rahmen der durch den DBV beschlossenen Protestaktionen gestellt hat, fragten wir Gerd Coldewey, Verleger der Zeitung „Freies Landvolk“**

„Der DBV hat zu unserem großen Bedauern ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die geplanten Demonstrationen ohne Trecker und anderes landwirtschaftliches Gerät stattfinden sollen. Wir sind der Meinung, daß man den Protest gegen die zunehmende Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft gar nicht massiv genug vortragen kann.


Gerd Coldewey

Wir wissen, daß der DBV von der Großbauernschaft, von Großgrundbesitzern und von den Agrarkapitalisten beherrscht wird. Die haben keinerlei Interesse daran, daß die bäuerliche Landwirtschaft erhalten bleibt. Sie sehen im kleinen Bauern nur lästige Konkurrenten, die man im Höchstfall mal als Druckmittel gegen Bonn einsetzen kann. Diese Funktion sollen auch die angekündigten Demonstrationen haben.

Etwas ganz anderes aber ist, was wir Bauern aus den angekündigten Protestaktionen machen. Wir begrüßen natürlich, daß überhaupt mal etwas passiert. Wir werden mit unseren Mitgliedern und Abonnenten beraten, wie man beispielsweise doch noch durchsetzen kann, mit dem Traktor oder anderen Maschinen aufzufahren.

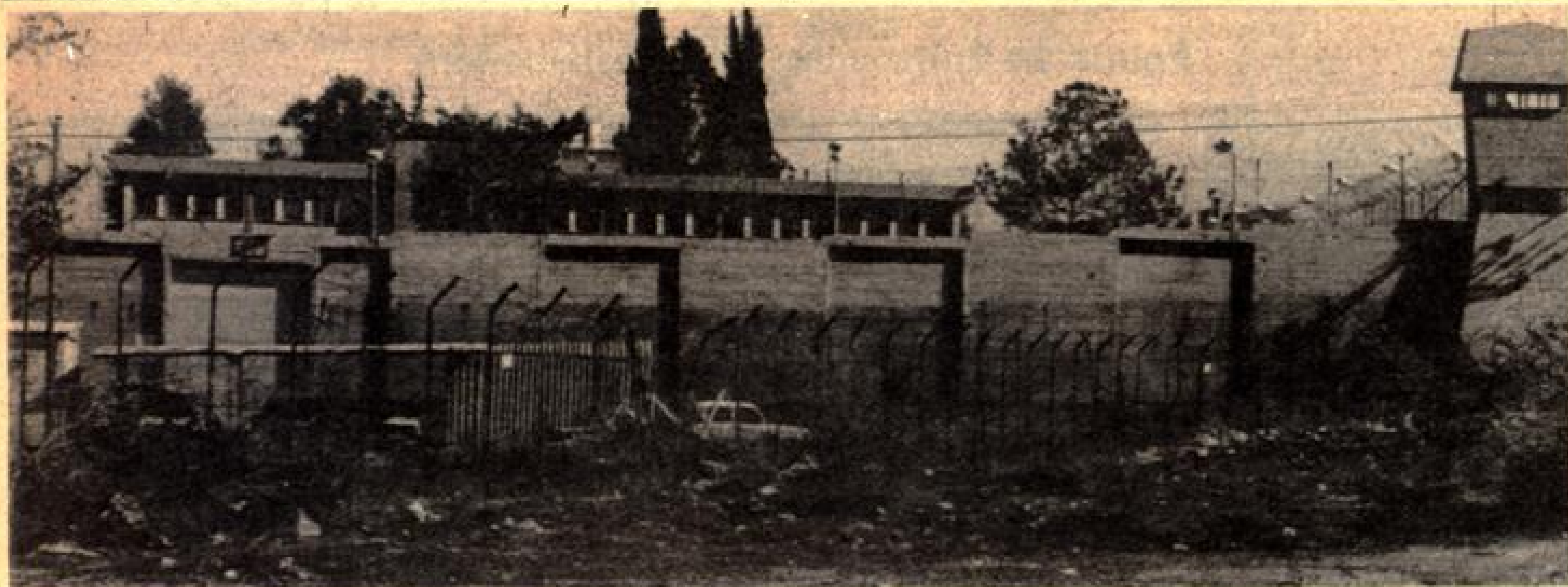
Weiterhin planen wir die Auflage mehrerer Plakate, die die Not der bäuerlichen Landwirtschaft und die Schuldigen an dieser Not schlagwortartig darstellen. Gerade für diese Plakate müssen wir viele Bauern gewinnen, die unsere Losungen an ihren Traktoren mitführen.

Außerdem wollen wir ein vierseitiges Extrablatt herausgeben, das einerseits unsere Ziele unter den Bauern bekanntmachen soll, zum anderen aber auch den Verbraucher über die tatsächliche Lage der bäuerlichen Landwirtschaft aufklären soll. In der Stadt wird ja laufend verbreitet, daß der Bauer in Saus und Braus mit staatlichen Subventionen lebt. Wir wollen darauf aufmerksam machen, in wessen Taschen diese Steuergelder tatsächlich fließen.“

**Wir rufen unsere Leser auf, entsprechende Materialien bei Gerd Coldewey zu bestellen, wenn in der Nähe Protestaktionen der Bauern stattfinden sollten, um so den Aufbau der RLB zu unterstützen.**

***Verlag G. Coldewey; Seefelder-Außendeich; 2883 Stadtland 3.***

**(20 Extrablätter kosten 1 Mark, 1 Plakat kostet 50 Pfennig; bitte in Briefmarken beilegen; telefonische Rückfragen sind beim Verlag möglich: 04734/577)**



Israelisches Frauengefängnis Neve Tirza

### Komplott zwischen Geheimdiensten aus Bonn und Tel Aviv

# Deutsche Studenten in Israel gefoltert

### Verfassungsschutz hat die Hände im Spiel

**Seit vier Jahren sind zwei westdeutsche Studenten in Israel unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert, wozu auch Foltermethoden gehören, um „Geständnisse" zu erzwingen. In all den Jahren hat Bonn keine ernsthaften Schritte unternommen, um die Freilassung der Gefangenen zu erreichen — der Verfassungsschutz arbeitete sogar mit den Folterern zusammen.**

Begonnen hatte alles im Januar 1976. Brigitte Schulz und Thomas Reuter, die sich in Kenia aufhielten, wurden plötzlich am Strand des Indischen Ozeans in Badekleidung verhaftet. Sie wurden von kenianischen Beamten verhört, und wie das geschah, schilderte Brigitte Schulz später so: „Mich prügelten sie, steckten mir brennende Zigaretten in die Nase, stachen mit langen Nadeln und ballerten meinen Kopf gegen die Wand".

Einige Tage später wurde den Studenten auch klar, in wessen Auftrag sie gefoltert wurden. Man schleppte sie nämlich mit verbundenen Augen aus dem Gefängnis, betäubte sie — und als sie dann wieder zu sich kamen, waren sie in einem israelischen Militärlager. Hier wurde der Studentin Brigitte Schulz dann eröffnet: „Kein Mensch weiß, wer und wo du bist. Kein Problem für uns, daß es niemals einer erfährt." Das war allerdings — wie sich später herausstellte — nicht ganz richtig. Denn neben den israelischen Geheimdienstlern und Militärs wußte zu dieser Zeit offenbar auch der Kölner Verfassungsschutz vom Aufenthalt der beiden aus Kenia entführten Studenten.

Nach anderthalbjähriger Einzelhaft wurden Brigitte Schulz und Thomas Reuter dann im Juli 1977 in einem Geheimprozeß vor ein Militärgericht gestellt. Die Anklage gegen sie lautete auf Beteiligung an der Vorbereitung eines Anschlags auf ein israelisches El-Al-Flugzeug in Kenia. Beweise dafür hatten die israelischen Militärs allerdings nicht, weshalb dann nach über zwei Jahren Prozeßdauer das Urteil — jeweils zehn (!) Jahre Gefängnis — auch nur ganz allgemein von einer „Gefährdung der israelischen Sicherheit" sprach. Alles, worauf sie sich stützen konnten, war ein „Geständnis" von Brigitte Schulz — und das war unter Folter erpreßt worden.

#### Brutale Folter

Eine ehemalige Mitgefangene der Studentin, die Amerikanerin Terry Fleener, sagte in einer Sendung des NDR-Magazins „Panorama" vom vegangenen November über die Haftbedingungen der Brigitte Schulz: „Die Haft in einem geheimen Militärlager dauerte fast anderthalb Jahre. Sie diente dazu, ihren Willen zu brechen, sie vollkommen gefügig zu machen. Das machte man so: **Während der Verhöre wurde sie sehr oft und sehr heftig geschlagen. Man sperrte sie in einen kleinen Kasten, so groß wie ein kleiner Schrank. Man ließ sie ziemlich lange darin, manchmal bis zu 48 Stunden, um sie wegen mangelnder Zusammenarbeit mit den Verhören zu bestrafen.** Es gab einen ständigen Druck: im Zimmer des Arztes beispielsweise hingen Fotos von Tierversuchen, von Gehirnoperationen. Brigitte wurde zweimal der Kopf geschoren.

Sie wurde in einer Zelle gehalten, die etwa eineinhalb mal zwei Meter groß war. Man konnte nicht sehen, ob es Tag oder Nacht war. Sie wurde ständig mit einer Fernsehkamera beobachtet, die in der Wand versteckt war, die sie aber dort entdeckte. Als Strafe wurde ihre Zelle während der Zeit der Verhöre acht Tage lang unter Wasser gesetzt. Sie ließen Wasser in die Zelle und gaben ihr nichts, worauf sie schlafen konnte. Man nahm ihr den Eimer weg, den sie als Toilette benutzte. Man weckte sie in dieser Zeit alle halbe Stunde. Man klopfte an die Zellentür. Sie mußte antworten. Wenn sie das nicht tat, ging das Klopfen weiter, bis sie reagierte. Immer wenn sie aus der Zelle herausgeholt wurde, mußte sie eine schwarze Kapuze über den Kopf ziehen. Sie wurde gezwungen, sich selbst die Kapuze über den Kopf zu ziehen."

#### Genscher hüllt sich in Schweigen

Wiederholt haben sich die Eltern von Brigitte Schulz und Thomas Reuter an die Bundesregierung — vor allem an das Außenministerium — gewandt, um Informationen über den Verbleib ihrer Kinder beziehungsweise Unterstützung zu erhalten. Noch Ende Dezember 1976, also fast ein Jahr nach dem Verschwinden der Studenten, behauptete die Bonner Botschaft in Israel, es gebe keine Hinweise auf einen Aufenthalt der beiden Verschwundenen in diesem Land. Eine von den Eltern eingeschaltete Anwältin fand allerdings sehr bald solche Hinweise.

Als dann der Geheimprozeß vor dem Militärgericht begann, war dort auch einer von Genschers Diplomaten aus der Bonner Botschaft zugelassen. Der ließ sich jedoch von den Israelis zum Stillschweigen verpflichten und gab nicht die geringste Information an die Eltern weiter. Und auch als der Fall Schulz/Reuter immer höhere Wellen schlug, stellte sich das Bonner Außenministerium stumm. Zwar hat Genscher angeblich bei dem Besuch seines früheren israelischen Amtskollegen Dayan über den Fall gesprochen — geschehen ist jedoch nichts.



Brigitte Schulz

Das allein ist schon ein Skandal. Zwei westdeutsche Staatsbürger sind in den Händen der israelischen Terroristen. Sie wurden gegen alle internationalen Rechtsnormen aus einem dritten Land nach Israel entführt. Dort hält man sie jahrelang widerrechtlich fest, foltert sie bestialisch und erpreßt Geständnisse für einen Geheimprozeß. **Und Bonn hält es nicht einmal für nötig, offiziell die Auslieferung der beiden zu verlangen; ganz zu schweigen von irgendwelchen Handlungen, die einer solchen Forderung Nachdruck verleihen würden.** (Inzwischen haben die Eltern vor dem Kölner Verwaltungsgericht gegen die BRD auf Unterlassung geklagt, um ein Auslieferungsbegehren zu erreichen.)

#### Verfassungsschutz — Beihilfe zur Folter

Der größte Skandal ist jedoch die Tatsache, daß Bonner Geheimdienste bei dieser schmutzigen Affäre von Anfang an ihre Finger mit im Spiel hatten. Schon bei den ersten Verhören im israelischen Militärlager wurde Brigitte Schulz ein Dossier mit genauen Angaben über ihre Person vorgelegt. Es fand sich darin die Mitteilung, daß die Gefangene 1974 beim Flugblattverteilen in der Bundesrepublik festgenommen worden ist. Weiterhin enthielten diese Akten Angaben über verschiedene Reisen, Angaben über Familienmitglieder und sogar einen Privatbrief von Brigitte Schulz. Nach Angaben der Gefangenen erklärte der israelische Vernehmer dazu, das Dossier würde vom westdeutschen Secret Service stammen.

Eltern und Verteidiger hatten schon lange die Vermutung geäußert, daß es sich dabei nur um den Verfassungsschutz handeln könne. Diese Vermutung wird in der vorletzten Ausgabe des „Spiegel" bestätigt.



Thomas Reuter

**Das Magazin zitiert einen ungenannten „hochgestellten Verfassungsschützer", der freimütig zugibt, daß seine Dienststelle die betreffenden Akten nach Israel geliefert hat.**

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß schon die Gefängnisskandale von Bayern und Westberlin im letzten Jahr ans Licht gebracht hatten, daß es zwischen den westdeutschen und israelischen Geheimdiensten eine enge und kriminelle Zusammenarbeit gibt. Jetzt zeigt sich, daß diese Komplizenschaft auch vor solchen Verbrechen, wie der systematischen Folter an westdeutschen Staatsbürgern nicht haltmacht. **Was könnte eindringlicher als diese Tatsachen zeigen, daß die Bonner Geheimdienste Terrororgane gegen das Volk sind, die bei ihren Organisationen selbst die Gesetze dieses Staates noch mit Füßen treten. Und wenn sie die Verbrechen ihrer israelischen Kollegen heute unterstützen — liegt es dann nicht auf der Hand, daß sie bei einer Verschärfung des Klassenkampfs in unserem Land sich der gleichen Mittel bedienen werden?**

**Die „Amtshilfe" Bonns im Fall Schulz/Reuter darf nicht hingenommen, die dafür verantwortlichen Beamten müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Sofortige Auslieferung von Brigitte Schulz und Thomas Reuter!**

### Wegen Teilnahme an Demonstration

# Schadensersatzforderung von über 50 000 Mark

**HAMM.— Am vergangenen Montag stand der Angestellte Andreas Müller-Wille vor dem Oberlandesgericht in Hamm. Verhandelt wurde über die Höhe des Betrags, den Andreas dem Land NRW als Schadensersatz zahlen soll. Den Schaden in Form von Dienstausfall und Behandlungskosten hat ein Polizist verursacht, der sich vor fünf Jahren bei dem Versuch, Andreas festzunehmen, verletzt haben will.**

Wenn auch bei der Verhandlung in der vergangenen Woche eine endgültige Summe noch nicht festgelegt wurde — eines ist jetzt schon gerichtlich entschieden: Andreas muß zahlen, und die Summe wird in jedem Fall fünfstellig sein. Wie es zu diesem in jeder Hinsicht skandalösen Verfahren gekommen ist, schildert Andreas Müller-Wille in einem Brief, den er an verschiedene Zeitungen gesandt hat.

„Auf einer Demonstration 1974 in Münster kam es bei der vorübergehenden Festnahme eines Flugblattverteilers zu einem Auflauf, auch ich befand mich unter den Protestierenden. Man forderte die Freilassung des Festgenommenen, es ging hin und her und als ein Polizeibeamter mich festnehmen wollte, riß ich mich los und versuchte mich davonzumachen, um einer Personalfeststellung zu entgehen. Was hinter mir geschah, kann ich nicht bezeugen. Der mich verfolgende PBK Zinn hat sich hierbei nach seinen Angaben einen Zahn ausgeschlagen, eine Schädelkalottenfissur (feiner Haarriß) sowie eine Gehirnerschütterung zugezogen, weshalb er fünf Wochen im Krankenhaus, ein halbes Jahr dienstunfähig, sowie sechs Wochen in Kur gewesen sein soll.

Er behauptet, ich habe ihn geschlagen, was auch im Strafverfahren als bewiesen galt, allerdings den Tatsachen nicht entspricht. Im Zivilverfahren, was sich daraufhin anschloß, wurde die Darstellung des Polizeibeamten jedoch nicht als erwiesen anerkannt, vielmehr räumt das OLG Hamm in seinem Urteil vom 2. Oktober 78, welches nach Revisionsverzicht mittlerweile rechtskräftig ist, ein: „Offenkundig unwahr ist der vom Beklagten zugestandene Sachverhalt nicht."

Trotzdem wurde das Grundurteil vom OLG Hamm zu meinem Nachteil gefällt, dem Land NRW und in einem noch ausgesetzten Verfahren dem PBK Zinn werden die Forderung nach Schadensersatz zuerkannt. Und das tun sie nicht zu knapp:

Der PBK Zinn fordert Schmerzensgeld im Streitwert von 13 000 Mark. Das Land fordert ganze 51 255,70 Mark nebst 4 Prozent Zinsen für gezahlte Dienstbezüge, Heilbehandlungskosten und Sachschäden sowie noch möglicherweise auftretende Kosten durch Spätschäden.(...)

In seinem Grundurteil bemächtigt sich das OLG Hamm folgender Logik (...): ‚Damit sind die Verletzungen Zinns im Sinne des Bedingungszusammenhanges durch den Beklagten verursacht worden ... Dabei kann für den adäquaten Kausalzusammenhang dahinstehen, ob der Beamte **ausgerutscht** oder über einen Blumenkübel **gestolpert** oder **mit Hilfe eines Dritten** zu Fall gekommen ist ...'

Außerdem, so die Logik der Hammer Rechtssprecher, habe ich ein gesteigertes Verfolgungsrisiko geschaffen: ‚Wenn der Beamte in der Hektik der Situation unter den Rufen der Demonstranten entweder von selbst zu Fall gekommen ist oder durch Dritte zu Fall gebracht worden ist, dann ist das in einer gesteigerten und vom Beklagten herausgeforderten Gefahrensituation geschehen. Eine zusätzliche Risikosteigerung hat der Beklagte zudem noch geschaffen, indem er nach Aussagen der Zeugin J. **einen Haken geschlagen hat ...'**

Durch derlei Rechtssprechung wird allerdings der Sturz eines Polizeibeamten reichlich vergoldet. Daß der Teilnehmer einer Demonstration in einer angespannten und hektischen Situation sich seiner Festnahme durch passiven Widerstand zu entziehen versucht, wird hier nicht mehr akzeptiert. Das Recht auf passiven Widerstand im Sinne des Artikels 104 des Grundgesetzes findet bei einer Demonstration auf Deutschlands Straßen offenbar keine Anwendung.

Wie ich, sollte im Betragsverfahren nach ähnlicher Logik verfahren werden, als kleiner Angestellter (verheiratet und ein Kind) die auf mich zukommenden Geldforderungen abzahlen soll, steht in den Sternen. Allein an den abzuzahlenden Zinsen gingen monatlich zehn Prozent meines Einkommens verloren, an Rechtsanwalts- und Gerichtskosten wage ich gar nicht erst zu denken. So mußte ich bereits auf die Durchführung eines Revisionsverfahrens beim BGH Karlsruhe verzichten, weil von dort das Armenrechtsgesuch wegen mangelnder Aussicht auf Erfolg abgelehnt wurde und ich die Kosten zur Aufnahme des Revisionsverfahrens aus eigener Tasche niemals hätte zahlen können.

So sieht die Sache aus: Die Verweigerung einer Personalfeststellung durch die Polizei kommt mich nun so teuer zu stehen wie ein kleines Eigenheim."

**Soweit der Brief von Andreas.** Bleibt noch anzumerken, daß Zinn nach seinem folgenreichen Sturz in Münster noch munter herumgelaufen ist und daß er sich bei der erwähnten Kur gegen vielerlei Leiden behandeln ließ, die selbst beim schlechtesten Willen nicht mit einem Sturz in Zusammenhang gebracht werden können. Aber wen sollte das noch wundern bei einem Verfahren, das so vollständig auf nackter Willkür aufgebaut ist? Hat doch das Gericht selbst in aller Offenheit erklärt, daß es völlig gleichgültig ist, ob der Angeklagte den Beamten zu Fall gebracht hat. Was man Andreas „vorwerfen" kann, ist nichts als seine Teilnahme an der Demonstration. Und dafür soll er sein Leben lang büßen. Urteile wie dieses sind ein frontaler Angriff auf das Demonstrationsrecht.

#### Spendenaufruf der RHD

**Die Rote Hilfe Deutschlands hat zur finanziellen Untersützung von Andreas aufgerufen. Auch wir möchten unsere Leser bitten, Andreas durch eine Spende auf das Postscheckkonto Rote Hilfe Deutschlands e.V., PSchA Dortmund, Konto-Nr.: 191100-462 zu helfen.**




Die Olympia-Werke haben die Absicht, alle 17 Auszubildenden nach abgeschlossener Lehrzeit zu entlassen. Das Bild zeigt einen der betroffenen Lehrlinge.

**Trotz Gerichtsbeschluß:**

# Olympia will unbequeme Jugendvertreter entlassen

## Volkskorrespondenz aus Wilhelmshaven

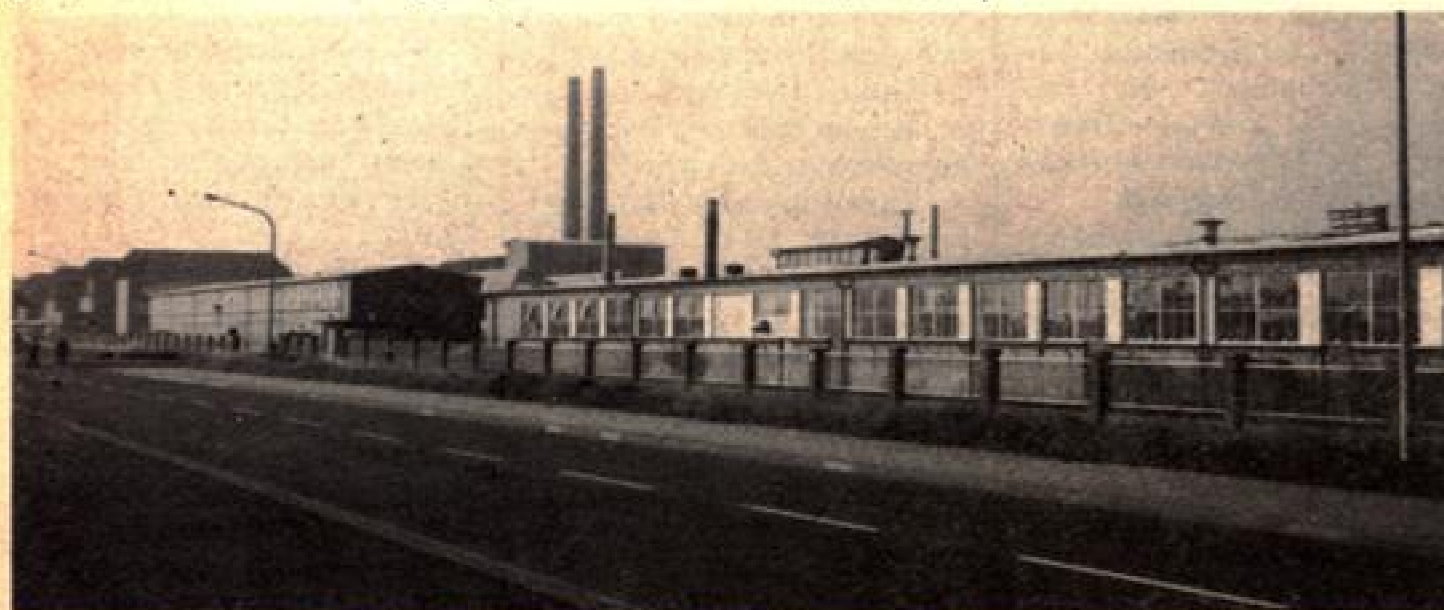
**Im Sommer '79 wurden erstmalig seit Bestehen des Olympia-Werkes in Roffhausen alle siebzehn gewerblichen Auszubildenden, unter ihnen zwei Jugendvertreter, nach ihrer Abschlußprüfung nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen.**

Die gewerkschaftlich organisierten Jugendvertreter witterten bald, daß diese „Freisetzungen" im großen Stil vor allem ihnen beiden galt. Denn sie hatten aktiv unter den Auszubildenden gearbeitet und waren den Bossen wegen des Eintretens für die Interessen und Forderungen der Jugendlichen bei Olympia ein Dorn im Auge. So fand zum Beispiel eine Demonstration der Auszubildenden statt, weil die Firma die Ausbildungsquote senken wollte.

Da die Firma aufgrund des Betriebsverfassungsgesetzes (78a) gezwungen ist, die Jugendvertreter auf ihr Verlangen hin zu übernehmen, versuchte sie mit Hinweis auf die wirtschaftliche Situation des Werks beim Arbeitsgericht Wilhelmshaven eine Entscheidung dahingehend zu bewirken, daß es für sie unzumutbar sei, die beiden in ein Arbeitsverhältnis zu übernehmen.

So liefen bereits verschiedene Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht Wilhelmshaven, die für die beiden ausgingen. Trotz der geltenden Rechtsprechung, die besagt, daß die nach Paragraf 78a klagenden Mitglieder der Jugendvertretung bis zum rechtskräftigen Abschluß beschäftigt und bezahlt werden müssen, weigert sich Olympia, diesem nachzukommen. Die Firma Olympia begeht damit offenen Rechtsbruch. Um seinen Beschäftigungs- und Lohnanspruch durchzusetzen, hat einer der Jugendvertreter ein weiteres Verfahren angestrengt. Die Entscheidung hierüber wird am 25.1.80 vor dem Arbeitsgericht in Wilhelmshaven gefällt.

**Dieser Fall zeigt, daß die Unternehmer immer mehr dazu übergehen, demokratische Rechte zu verletzen und ein ihnen genehmes Recht zu schaffen!**



Das Olympia-Werk in Roffhausen/Wilhelmshaven

# Wegen 99 Pfennig vor Gericht

## Volkskorrespondenz aus München

**Eine 70jährige kranke Witwe wurde in der vergangen Woche von der Polizei aus der Wohnung geholt und vor Gericht geschleppt. Mit der Verhandlung endete dann ein Verfahren, das sich über anderthalb Jahre hingezogen hatte. Es ging dabei um den Diebstahl eines Päckchens Teebeutel — im Wert von 99 Pfennig.**

Im Juni 1978 war die alte Frau dabei erwischt worden, wie sie das Päckchen in einem Laden mitgehen ließ. Sie wurde zu eine Buße von vierzig Mark verurteilt, die sie auch zahlte. Allerdings vergaß die Frau, den Beleg vorzulegen. Die Folge war ein Strafbefehl. Auf den Einspruch der Verteidigung hin wurde das Verfahren eingestellt. Die Staatsanwaltschaft jedoch erhob dagegen erfolgreich Beschwerde. Ergebnis: Die alte Frau wurde zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurteilt.

Jetzt ging die Verteidigung in die Berufung und legte ein Attest vor, aus dem hervorging, daß die Witwe gar nicht verhandlungsfähig ist. Dennoch wurde sie aus der Wohnung geschleppt, und erst das Landgericht München I stellte das Verfahren gegen sie endgültig ein.

Anderthalb Jahre Prozesse und Schikanen — wegen 99 Pfennig. Das bayrische Justizministerium findet das ganz in Ordnung. Denn — so erklärte ein Sprecher des Ministeriums — es bestünde hier ein öffentliches Interesse daran, „eine gewisse Abschreckung zu erzielen." Öffentliches Interesse? Man erinnert sich noch an die zahlreichen Skandale, in die eine hochgestellte bayrische Persönlichkeit verstrickt war, etwa die Starfighter-Affäre. Da wurden allerdings die Akten sehr schnell geschlossen und von einer „gewissen Abschrekkung" konnte gar nicht die Rede sein. Aber es ging dabei ja auch um Millionen — und nicht um 99 Pfennige.

**Politische Entlassung bei Sozialarbeitern**

# Wallmann zieht die Schrauben an

## Volkskorrespondenz aus Frankfurt/Main

**Zum 1. Januar 1980 erhielt der Sozialarbeiter Willi Preßmar die fristlose Kündigung vom Magistrat der Stadt Frankfurt am Main. Man warf ihm vor, in den letzten drei Jahren an verschiedenen Aktivitäten des KBW beteiligt gewesen zu sein. Informationen darüber hatten sich die Behörden aus Ermittlungsakten gegen Willi Preßmar besorgt. Obwohl kein einziges rechtskräftiges Urteil vorliegt, ist die fristlose Kündigung dennoch ausgesprochen worden.**

Schon eine Woche vor Weihnachten hatte Personaldezernent Bruck beim zuständigen Personalrat vorgefühlt. Doch der Personalrat lehnte eine Erörterung zwecks politischer Entlassung ohne die Anhörung des betroffenen Sozialarbeiters strikt ab. Als der Personalrat Herrn Bruck beschied, man wolle die erforderliche Anhörung im Januar durchführen, schaltete dieser auf stur und erklärte, er werde dann eben eine außerordentliche Kündigung aussprechen.

Trotz Beschwerde des Personalrats bei Oberbürgermeister Wallmann (CDU) konnte die fristlose Kündigung nicht mehr verhindert werden. Kollege Preßmar beantragte eine einstweilige Verfügung gegen die fristlose Entlassung, der am 11. Januar auch stattgegeben wurde.

Die Stadt wiederum legte Beschwerde dagegen ein und betrieb vorsorglich die **ordentliche** Kündigung. Ferner wurde Kollege Preßmar trotz arbeitsgerichtlicher Rückendeckung mit einem Hausverbot belegt.

In der gleichen Zeit wollte die Stadt einen zweiten Sozialarbeiter aus politischen Gründen vor die Türe setzen. Dabei handelte es sich um einen Kollegen, dessen Dienst-Telefonnummer irrtümlicherweise unter einen „Aufruf für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" geraten war. Obwohl der Fall inzwischen geklärt werden konnte und die Kündigung zurückgezogen wurde, muß der betreffende Kollege mit einer Ermahnung rechnen.

Doch die vorgeworfene parteipolitische Betätigung der beiden Sozialarbeiter ist lediglich ein Vorwand. Die Maßregelungen sind ein lange vorbereiteter Schlag gegen alle fortschrittlichen Kollegen im öffentlichen Dienst der Stadt Frankfurt.

Sie stehen in einer Reihe mit dem Verbot der DGB-Demonstration im Juni des vergangenen Jahres durch das Stadtoberhaupt Wallmann. Sie stehen im Zusammenhang mit weiteren Überprüfungen angeblich verfassungsfeindlicher Kollegen in den verschiedenen städtischen Ämtern.

Die Maßregelungen müssen aber auch gesehen werden vor dem Hintergrund verschärfter Kontroll- und Disziplinierungsmaßnahmen der Sozialarbeiter. Neubewerbungen sollen sich einer komplizierten Qualifikationsüberprüfung unterziehen; sämtliche Stellen sollen nach ausgeklügelten statistischen Gesichtspunkten überprüft werden. Auch im Sozialbereich soll ähnlich wie im gesamten öffentlichen Dienst die Rationalisierung vorangetrieben werden.

**Für die Kollegen entsteht so die Notwendigkeit, sich enger gegen diese Maßnahmen zusammenzuschließen, dafür zu sorgen, daß gewerkschaftliche Aktionen gegen die Rationalisierung und die damit verbundenen Unterdrückungsmaßnahmen beschlossen und durchgeführt werden.**

Die Stadt reagiert auf ihre Weise, indem sie versucht, gerade solche Kollegen zu maßregeln, von denen sie glaubt, sie könnten den erforderlichen Zusammenschluß betreiben.

Kollege Preßmar zum Beispiel ist seit fünf Jahren bei der Stadt Frankfurt als Sozialarbeiter beschäftigt. Drei Jahre lang hatte er in der Sozialstation Höchst gearbeitet. Dort hatten ihn die Gewerkschaftsmitglieder zum Vertrauensmann gewählt.

Später ist er den Unvereinbarkeitsbeschlüssen des DGB zum Opfer gefallen. Die ÖTV-Bonzen liquidierten, damit nicht nur die gutlaufende Gewerkschaftsarbeit, sondern lieferten auch der Stadt die nötige Munition für die nun erfolgte Kündigung.

Gegenwärtig befinden sich die Bonzen in der Zwickmühle. **Die letzte Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV hatte nämlich einen Antrag an den bevorstehenden Gewerkschaftstag verabschiedet, der die Aufhebung des Radikalenerlasses fordert und sich somit auch entschieden gegen politische Entlassungen richtet.**

Auf der anderen Seite sind ja nur allzuoft die DGB-Bonzen die Vorreiter politischer Entlassungen, bedingt durch die spalterischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Es wird nun darum gehen, auf der Grundlage der letzten Kreisdelegiertenkonferenz den Kampf gegen die erfolgten Maßregelungen zu führen; es wird nun darum gehen, die Kollegen des öffentlichen Dienstes gegen die verschärfte Rationalisierung zusammenzuschließen. Sicherlich werden viele Kollegen dabei auch ihre Erfahrung mit der Sabotagetätigkeit der DGB-Bonzen machen. Das wird zu ihrer weiteren Isolierung beitragen.

**Als Mietersprecher für die „Neue Heimat" untragbar**

# 77jähriges Ehepaar muß nach 23 Jahren Wohnung räumen

## Volkskorrespondenz aus Dortmund

**Hans Prohl und seine Frau — beide 77 Jahre alt — sollen bis zum 31. Januar ihre Wohnung im Hause Oberkirchenstraße 2 in Dortmund-Scharnhorst räumen. Beide wohnen bereits 23 Jahre hier. Hans Prohl ist Sprecher von 110 Mietern. Vermieter ist die in Sachen fristlose Kündigung für Mietersprecher bereits berühmte „Neue Heimat".**

Hans Prohl war der Meinung, daß die letzten Heizkostenabrechnungen für die Mieter seiner Siedlung entschieden zu hoch ausgefallen seien. Und da er nicht das geringste Verständnis dafür hat, daß die „Neue Heimat" im Troß der räuberischen Ölmultis den Mietern noch zusätzlich in die Tasche greift, erstattete er Strafanzeige gegen die „Neue Heimat".

Er stützt sich dabei auf die Vorschrift, daß im sozialen Wohnungsbau nicht nur die Kostenmiete, sondern auch Nebenkosten wie Heizung oder Fernwärme nachweispflichtig sind. Daß die „Neue Heimat" dieser Nachweispflicht nicht nachgekommen ist, bestärkte Hans Prohl in seinem Argwohn gegen die „Neue Heimat".

Der Vermieter reagierte knapp und brutal: Fristlose Kündigung, weil das „Vertrauensverhältnis zerstört" sei.

Fragt man ernsthaft nach, wer hier ein Vertrauensverhältnis zerstört habe — falls je eins zwischen Mietern und „Neuer Heimat" bestanden haben sollte — so sind es gewiß nicht die Mieter, die seit Jahren unter dem Mietwucher der „Neuen Heimat" zu leiden hatten.

Hans Prohl ist der „Neuen Heimat" schon lange ein Dorn im Auge.

Bereits sechsmal war er gerichtlich gegen den Vermieter vorgegangen und hatte sich auch nicht einschüchtern lassen, als das Gericht in vier Fällen auf der Seite der stärkeren Bataillone stand, auf seiten des großen Geldes.

Zur Zeit läuft noch ein Berufungsverfahren. Dabei geht es um 50000 Mark Wassergeld, das die ganze Siedlung zuviel bezahlt hat. Hans Prohl führt nun in eigener Sache den Prozeß, der — wenn er gewonnen wird — der ganzen Siedlung zugutekommt.

**Man muß schon den Hut ziehen vor so viel Zivilcourage. Manch jüngerer Zeitgenosse hätte bei diesem Gegner längst die Flinte ins Korn geworfen.**

Gleichzeitig wird sichtbar, wie skrupellos die DGB-eigene „Neue Heimat" ist, wenn es um das Zusammenraffen von Wuchermieten geht.

**Schon schlimm genug, wenn Mietern aufgrund ihres Eintretens für die Nachbarn gekündigt wird! Aber der geplante Rausschmiß von zwei alten Menschen, die kein anderes Verbrechen begangen haben als auf ihrem und der Nachbarn Recht zu bestehen, ist gelinde gesagt eine hundsgemeine Schweinerei!**

# Ein erfolgreicher Kongreß

Auf eine große Resonanz stieß der „Kongreß gegen Reaktion und Faschismus", der am 26. Januar in der Westfalenhalle IV in Dortmund stattfand. Zeitweise waren mehr als 5000 Menschen im Saal. Der Kongreß, eine eindrucksvolle Manifestation des antifaschistischen Kampfes in Westdeutschland, stand unter den Losungen:

- Verbot aller faschistischen Organisationen!
- Weg mit den Berufsverboten! Wiedereinstellung aller vom Berufsverbot Betroffenen!
- Verbot der Aussperrung!
- Weg mit dem Todesschußgesetz!

Ulrich Leicht und der bekannte Arbeiterschriftsteller Max von der Grün, zwei seiner Initiatoren, eröffneten den Kongreß. Nach den Begrüßungsworten am Vormittag begann ein vielseitiges Programm aus Reden und kulturellen Beiträgen, das bis in die Nacht dauerte. Es sprachen: Norbert Taufertshöfer von der antifaschistischen Initiative Weinheim (Kampf gegen Neonazismus); der Schriftsteller und Publizist Jürgen Roth (ausländische Faschisten in der Bundesrepublik); Jochen Beyer von der Bochumer Initiative gegen die Polizeischüsse (Todesschußgesetz); Norbert Cobabus von der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek Frankfurt (Zensur); der Betriebsrat Hartmut Siemon von der Hoesch-Hütte in Dortmund (Verbot der Aussperrung) und der Vorsitzende der VOLKSFRONT und IGM-Vertrauensmann auf der Klöckner-Hütte in Bremen (Stoppt Strauß!). In allen Beiträgen kam die Sorge um die zunehmende Rechtsentwicklung und Faschisierung in Westdeutschland und Westberlin — insbesondere auch im Zusammenhang mit der Kanzlerkandidatur von Strauß — zum Ausdruck, wurde vor der Gefahr der Widererrichtung der faschistischen Diktatur gewarnt und zum Kampf dagegen aufgerufen.

Das mitreißende und zum Kampf mobilisierende kulturelle Rahmenprogramm, das dem Kongreß sein besonderes Gepräge gab, bestritten Max von der Grün, der Schriftsteller Wolfgang Bittner aus Göttingen, das Kabarett „K" aus Mülheim, die Truppe Hermann Treusch's (ehemalige Mitglieder des Theaters am Turm) und die Theatergruppe „Hobelbühne", beide aus Frankfurt, der Dramaturg Dr. Wolfgang Schulz, der Bottroper Liedermacher Werner Worschech, der „Eisler-Chor" aus Essen und die Polit-Rock-Gruppen „Auflauf" und „Schmetterlinge" aus Wien. Kulturelle Höhepunkte des Kongresses waren die Lesungen Max von der Grün's aus seinem Roman „Flächenbrand" und der Auftritt der „Schmetterlinge".

Der überparteiliche antifaschistische Charakter der Veranstaltung kam auch in den zahlreichen Informations-, Verkaufs- und Ausstellungsständen in der Halle zum Ausdruck. Es waren Stände zu finden: der VOLKSFRONT, verschiedener antifaschistischer Initiativen, verschiedener gewerkschaftlicher Gruppen, der RGO, des Deutschen Freidenkerverbandes — NRW, der „Linkskurve", des Arbeiterkunst- und Kulturvereins — Kiel, der Linie-Graphik-Werkstatt — Bielefeld, verschiedener antifaschistischer Künstler (Volland, Boström, Zint), der KPD/ML, der Revolutionären Landvolkbewegung u.a.

Der Kongreß stellte insgesamt einen großen Erfolg der antifaschistischen Bewegung in unserem Lande dar. Er brachte anschaulich das Erstarken der antifaschistischen Bewegung zum Ausdruck. Er stellte einen wichtigen Schritt beim Zusammenschluß der antifaschistischen Kräfte und Organisationen zu einer einheitlichen Kampffront dar. Die KPD/ML hat den Kongreß von Anfang an begrüßt und unterstützt und so zu seinem Gelingen auch ihren Teil beigetragen.



Der Arbeiterschriftsteller Max von der Grün, einer der Initiatoren, eröffnete den Kongreß. Später las er aus seinem neuen Roman „Flächenbrand", der das Problem des Neofaschismus behandelt, zwei Abschnitte — über eine neofaschistische Schmiererei auf einem Friedhof und über einen faschistischen Geschichtslehrer, der mit seinem braunen Gift die Jugend indoktriniert.



Das kulturelle Rahmenprogramm gab dem Kongreß sein besonderes Gepräge. Das Foto zeigt eine türkische Musik- und Tanzgruppe. Überhaupt trugen die antifaschistischen Arbeitsemigranten aus der Türkei, die in großer Zahl erschienen waren, viel zur kämpferischen Atmosphäre auf dem Kongreß bei.

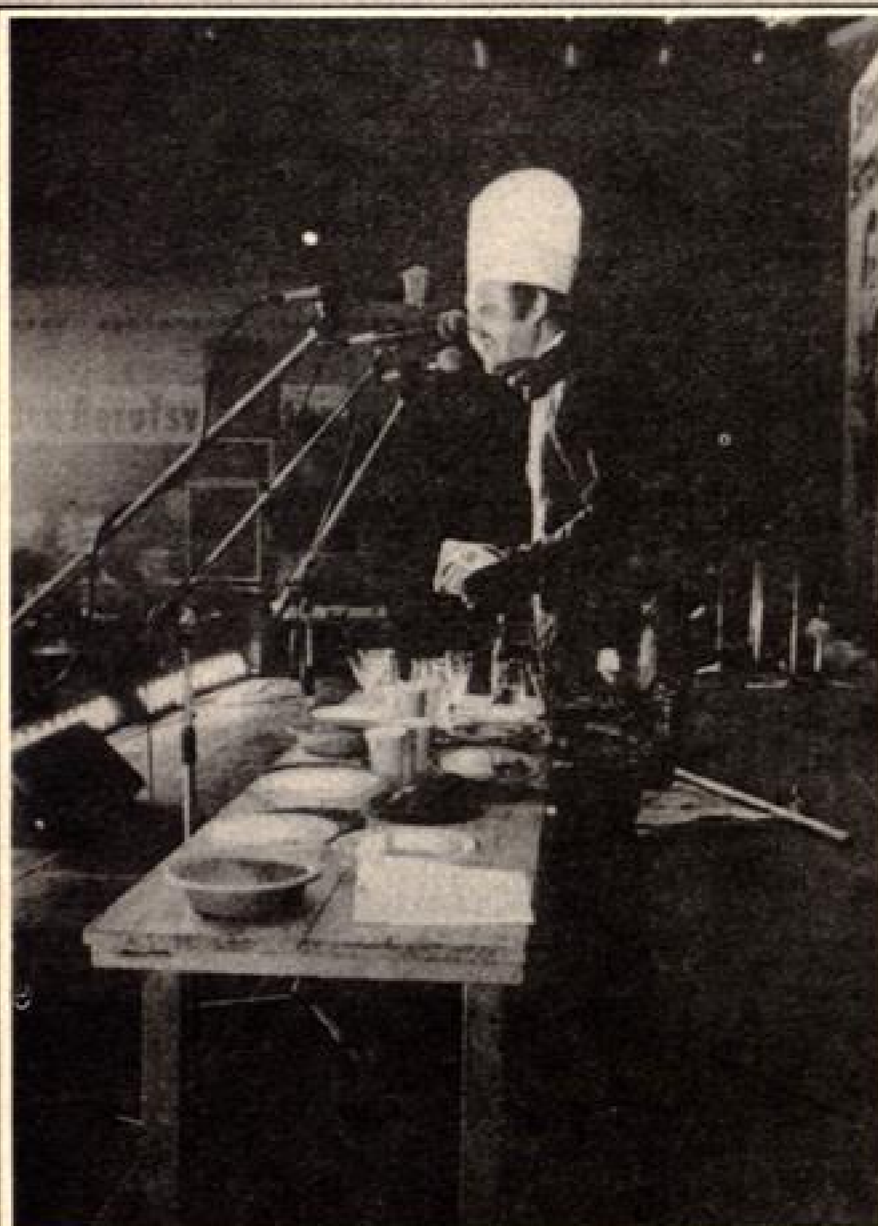



„Das letzte Lied, das letzte Lied müßt ihr euch selber singen, denn außer euch ist niemand da, dem sowas könnt gelingen." — Mit diesen Liedzeilen forderten die „Schmetterlinge" die Zuschauer auf, die Begeisterung, die sie aus dem Kongreß und nicht zuletzt auch aus dem Auftritt der „Schmetterlinge" geschöpft haben, in praktischen politischen Kampf umzusetzen. Der Auftritt der „Schmetterlinge" war ohne Zweifel Höhepunkt der Veranstaltung. Mit ihren künstlerisch hervorragenden Darbietungen lösten sie wahre Begeisterungsstürme aus.





Neben der Bühne: Ulrich Leicht bespricht mit der Gruppe Kabarett „K" ihren bevorstehenden Auftritt. — Unbemerkt von den meisten Besuchern hielt eine große Organisationsarbeit den Kongreß in Gang und sicherte die Durchführung des Programms. Und das Zustandekommen des Kongresses selbst war nur möglich geworden durch die unterstützende, vorbereitende, organisierende, werbende Unterstützung zahlreicher namenloser Helfer.



Der Dramaturg Dr. Wolfgang Schulz bei seinem brilliant gespielten Einmannstück „Gasthaus zur Republik". Als makabrer Fernsehkoch bot er Satirisch-Bissiges an wie „Frisch bestochener Volksvertreterspargel, dazu wahlweise: Schwarzgeräuchertes aus der CSU-Zentrale" oder „Fünf Scheiben" von der Sozialdemokratischen Doppelzunge" oder „Hirnverbranntes nach Juso-Art, mit frisch geriebenem Reformatoren-Käse, dazu ein Stück Kompromißbrot". — Leider — und das gilt auch für die anderen Lese- und Theaterbeiträge — war Schulz' Aufführung infolge schlechter Akustik im hinteren Teil des Saales schlecht zu verstehen.




Dieter Vogelmann (links), Mitglied des auftretenden „Eisler-Chors", ist zur Zeit wegen Teilnahme an einer Antikriegsdemonstration inhaftiert. Am Kongreßwochenende hatte er Hafturlaub erhalten. In einer kurzen Rede machte er von der Bühne des Kongresses auf seinen Fall aufmerksam. Durch entsprechende Beifallskundgebung verdeutlichten die Kongreßteilnehmer ihre Unterstützung für die Forderung nach vorzeitiger Haftentlassung Dieter Vogelmanns. Das Foto zeigt ihn mit Peter Puk, der die Solidarität für den gefangenen Dieter organisierte, auf dem Kongreß.




**Kurz vor dem Auftritt der Wiener Gruppe „Auflauf" machten zwei Redakteure, bewaffnet mit Kassettenrekorder und einer Fotografin im Troß, einen Rundgang durch die riesige Halle und schauten sich bei den vielen Gruppen und Initiativen um, die ihre Stände rund um die Halle und auf der Empore aufgebaut hatten. Hier ihr kurzer Bericht:**

# Bei den Informationsständen zu Besuch

Man mußte schon etliche hundert Meter zurücklegen — und das zu Fuß — um sich einen einigermaßen vollständigen Überblick über die Gruppen und Initiativen zu verschaffen, die gekommen waren, um einerseits ihre speziellen Anliegen dem vieltausendköpfigen Publikum vorzutragen und andererseits zum Gelingen des Kongresses gegen Reaktion und Faschismus beizutragen.

**Und gleich vorweg sei bemerkt: Bestimmt haben die teilweise ausgezeichneten künstlerischen Beiträge dazu beigetragen, die große Westfalenhalle IV zu füllen, aber das Hauptverdienst für die erfolgreiche Durchführung der Großveranstaltung gebührt ganz gewiß den vielen antifaschistischen und demokratischen Initiativen, den vielen ungenannten Antifaschisten, die überall dort, wo sie sich im konkreten Kampf verankert haben, für den Kongreß warben, so daß ein Großteil des Publikums aus Menschen bestand, die ganz praktisch in ihrer Gewerkschaft, in ihrem Wohnbereich, an ihrem Arbeitsplatz im Kampf gegen Reaktion und Faschismus stehen. All jene waren durch die verschiedenartigen Stände und Ausstellungen hervorragend repräsentiert!**

Manche von den Kollegen und Antifaschisten, die hinter den Ständen schweißtreibende Arbeit zu verrichten hatten — diskutieren, Nachschub an Propagandamaterial herbeischaffen etc. — wußten auf unsere Frage, wie sie den bisherigen Ablauf des Kongresses beurteilen, wie ihnen die verschiedenen Beiträge gefallen hatten, oft nur unzureichend Antwort zu geben.

*„Vom Kongreß hab' ich echt nicht viel mitbekommen!"* mußten wir uns von einer Antifaschistin sagen lassen, die den Informationsstand der **VOLKSfront Dortmund-Schüren/Aplerbeck** betrieb; so groß war der Andrang, so zahlreich die Kundschaft.

Nun — die Dortmunder Antifaschisten aus Schüren und Aplerbeck hatten sich auch etwas einfallen lassen. Sie sammelten Unterschriften. Jeder, der den Straußschen Wunsch unterstützt, lieber Ananas in Alaska zu züchten, statt Kanzler zu werden, konnte seinen Namenszug eintragen. Etliche hundert hatten sich schon für die Ananasfarm starkgemacht.




Der Ananasstand der VOLKSFRONT Schüren

Auch am Informationsstand, den **KPD/ML und Rote Garde** gemeinsam betrieben, herrschte gute Stimmung. *„Das Programm hat mir bis jetzt sehr gut gefallen!"* meinte ein Genosse der Roten Garde und gab im gleichen Atemzug zu verstehen, daß der druckfrische „Rote Rebell" auf große Nachfrage stieß.




„Das Programm hat mir bisher gut gefallen!"

Gleich daneben ertönte marktschreierisch: *„Wer mit dem Ei daneben geworfen hat, hat hier noch einmal seine Chance, der kann noch mal kräftig zuschlagen!"* Bei näherem Hinsehen entdeckten wir eine solide, weiß angepinselte Holzplatte; darauf waren mit kräftigen, schwarzen Strichen die Gesichtszüge des Kanzlerkandidaten gezeichnet. Dazu wurden Nägel in verschiedener Größenordnung feilgeboten, zwischen 20 und 50 Pfennig. Man brauchte dann nur noch zum Hammer zu greifen...



„...der Erlös von ‚Hau den Strauß!' kommt politischen Gefangenen zugute."

Das täte zwar dem Strauß direkt nicht weh, meinte eine junge Antifaschistin, die das Eintreiben der Nägel überwachte, doch *„der Erlös unserer Aktion kommt politischen Gefangenen zugute!"*

Auch die Kollegen der **Kampagne für das Verbot der Aussperrung** zeigten sich recht befriedigt über den Erfolg ihrer Sache. Wieviel Unterschriften sie insgesamt gesammelt hätten, könnten sie nicht sagen, da sie erst vor kurzem ihre Vorgänger abgelöst hätten, doch sahen wir etliche ausgefüllte Unterschriftenlisten an der Seite liegen. Die Kollegen hatten sich nur über die Akustik zu beschweren. Sie konnten nur schwer das Geschehen auf der Bühne verfolgen, was sie augenscheinlich bedauerten.



Informationsstand der Bochumer Initiative gegen Polizeiübergriffe

Und weiter ging es — sozusagen immer an der Wand lang. Der nächste, dem wir mit unserem Mikro auf den Leib rückten, war ein Kollege des **Arbeitskreises demokratischer, antifaschistischer Gewerkschafter.**

*„Uns geht es bei unserer Teilnahme darum, einen Beitrag zu leisten, die Kanzlerschaft von Strauß zu verhindern. Wir meinen, daß in dieser Situation alle antifaschistischen Kräfte zusammengehen müssen, denn die Gefahr liegt nicht nur bei Strauß, sondern auch bei denen, die Gesetze, Paragrafen und anderes mit vorbereitet haben!"*

Auch am Stand der **Kulturzeitschrift „linkskurve"** (rechtzeitig zum Kongreß war die erste Nummer dieses Jahres erschienen), gab es gute Stimmung. *„Ich persönlich finde den Kongreß bisher unheimlich gut. Ich finde das auch sehr gut mit den vielen Ständen von den verschiedenen Initiativen"*, erklärte uns eine Mitarbeiterin der Zeitschrift.

Nachdem wir kurz mit dem **Schauspieler Wolfgang Schulz** aus Würzburg, der später noch einen brillianten Alleinunterhalter spielte, gesprochen hatten und uns kurz an dem Informationsstand der **Initiative Kinderhaus in der Heinrichstraße/Hamburg** umgesehen hatten, trafen wir einen Sprecher der **Initiative „Keine Jugendpolizei in NRW"**: *„Wir haben den Kongreß unterstützt, weil wir uns einreihen wollen in die Front gegen Reaktion und Faschismus, von der der Kampf gegen die Jugendpolizei nur ein Frontabschnitt ist. Aufgrund des attraktiven Programms konnte man besonders unter Jugendlichen hervorragend für den Kongreß mobilisieren."*

**Der Kollege hinter dem Stand der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition wußte zu berichten, daß die RGO bis zum Nachmittag um 30 Mitglieder gewachsen ist.**

Der nächste Tisch war so gut wie leergeräumt. Ein Plakat informierte uns, mit wem wir es hier zu tun hatten, mit dem **Arbeiter-Kunst- und Kulturverein** aus Kiel. Ein Kollege hinter dem Tisch klärt uns auf: *„Schon jetzt haben wir bis auf ein paar Kleinigkeiten alles verkauft."*

Es hat sich dabei um Grafiken und Drucke mit klassenkämpferischer, antifaschistischer Thematik gehandelt. *„Wir sind unter anderem auch deshalb hier nach Dortmund gekommen, um mit anderen Gruppen und Künstlern Kontakt zu knüpfen."*

Die Vielfalt der Stände war so groß, daß wir hier gar nicht alles berücksichtigen können. Da standen Tische vom **Freidenkerverband**, da war ein Informationsstand der **Bochumer Initiative gegen Polizeiübergriffe** und was uns besonders freute, auch die **Revolutionäre Landvolkbewegung** war mit ihrer Zeitung „Freies Landvolk" und verschiedenen Plakaten vertreten. Der Grund unserer Freude: **Diese Bewegung steht für Klassen und Schichten, deren Bedeutung für den Kampf gegen Reaktion und Faschismus heute noch viele Antifaschisten unterschätzen.**

Auf der Empore angelangt, sprachen wir noch mit einem Vertreter der **„Linie-Grafik-Werkstatt"** aus Bielefeld. Ihr Beispiel zeigt, wie sehr die Initiatoren des Kongresses an einer möglichst breiten Beteiligung der verschiedensten antifaschistischen und fortschrittlichen Initiativen waren: *„Wir haben telefonisch nachgefragt, ob wir einen Stand machen können. Daraufhin kam die Frage, ‚Könnt Ihr den Aufruf unterstützen?' Wir haben ihn dann durchgelesen und unterzeichnet."*



Mit ihren Ständen und Ausstellungen entlang den Wänden der Halle informierten zahlreiche antifaschistische Initiativen und Organisationen über ihre Arbeit oder machten auf aktuelle Kampffronten aufmerksam. So auch eine Initiative gegen Unterdrückungsmaßnahmen beim WDR, die Unterschriften gegen die Knebelung der Sendung „Radiothek" sammelte.

**Wie kann ein möglichst breiter Zusammenschluß der Antifaschisten in unserem Land hergestellt werden? Was ist die Hauptkraft beim Kampf gegen Reaktion und Faschismus? Welche Antworten müssen die Demokraten und Antifaschisten auf die Kanzlerkandidatur von Strauß geben? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Beratungen am zweiten Tag des Kongresses. Sehr bald rückte dabei die Diskussion über die Politik der VOLKSFRONT in den Vordergrund, die von der überwiegenden Zahl der Teilnehmer als konkrete und notwendige Alternative zum Vormarsch der Reaktion in der Bundesrepublik gesehen wurde. Im folgenden bringen wir eine Zusammenfassung der wichtigsten Gesichtspunkte dieser Diskussion.**

# Die Arbeiterklasse ist die Hauptkraft im Kampf gegen Reaktion und Faschismus

Nahezu alle Teilnehmer an der Diskussion waren der Ansicht, daß der Kongreß eine sehr erfolgreiche Sache gewesen ist, die den gemeinsamen Kampf der Antifaschisten in unserem Land ein gutes Stück vorangebracht hat. Ulrich Leicht, Geschäftsführer der VOLKSFRONT und einer der Initiatoren des Kongresses würdigte noch einmal die Tatsache, daß sich hier Menschen mit verschiedenen politischen Ansichten zusammengefunden haben, um dem Vormarsch der Reaktion den Kampf anzusagen.

Er ging in diesem Zusammenhang auch auf die Vorgeschichte des Kongresses ein. An seinem Anfang stand ein gemeinsamer Aufruf verschiedener Antifaschisten — darunter viele aus dem Kulturbereich — anläßlich des 45. Jahrestages der faschistischen Machtergreifung. In diesem Kreis ist der Gedanke an einen Kongreß entstanden. Namentlich der Schriftsteller Max von der Grün, der dann Mitglied des Vorbereitungsausschusses für den Kongreß wurde, hatte sich dafür ausgesprochen, mit einer großen Veranstaltung ein Signal im antifaschistischen Kampf zu setzen. Viele Gewerkschafter, Kulturschaffende usw. haben die Vorbereitung des Kongresses unterstützt und mitgetragen. Einige der Initiatoren sind der Ende letzten Jahres gegründeten VOLKSFRONT beigetreten; das bedeutet aber natürlich nicht, daß der Kongreß eine Veranstaltung dieser Organisation gewesen wäre.

Im Verlauf der Diskussion wurden einige Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für den antifaschistischen Kampf angesprochen. So ging etwa Ulrich Leicht auf die Frage nach der Möglichkeit eines neuen Faschismus in unserem Land ein. Er stellte heraus, daß der Faschismus eine bestimmte Form der bürgerlichen Herrschaft ist, gekennzeichnet durch die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie, ihre Ersetzung durch terroristische Formen der Machtausübung, gekennzeichnet weiter durch die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, durch die Beseitigung aller verbliebenen demokratischen Rechte usw. Hinter dem Faschismus steht das Monopolkapital. Das ist für die Hitler-Diktatur beispielsweise im Verlauf des Nürnberger Prozesses nachgewiesen worden. Und auch die Gefahr der Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur wurzelt im kapitalistischen System. Die Vertiefung seiner wirtschaftlichen und politischen Krise, das damit verbundene Anwachsen der Klassenkämpfe wird neue Versuche des Monopolkapitals hervorbringen, durch eine faschistische Diktatur die Arbeiterbewegung und die Volkskämpfe niederzuschlagen.

„Unsere Parole lautet," sagte Ulrich Leicht: „Verhindert ein neues '33! Das heißt aber nicht, daß eine neue faschistische Diktatur die gleichen Erscheinungsformen haben muß wie das Hitler-Regime. Und das heißt auch nicht, daß der Abbau der demokratischen Rechte, der Prozeß der Faschisierung immer weiter geht, und dann ist irgendwann einmal der Punkt erreicht, wo man sagen müßte: Ab jetzt haben wir den Faschismus. Die Errichtung der faschistischen Diktatur ist vielmehr ein qualitativer Umschwung, eben der Austausch einer Herrschaftsform gegen eine andere.

Es gibt jedoch auch jetzt schon Kräfteverschiebungen im Lager der bürgerlichen Parteien, die alarmierend sind. Ein Beispiel dafür, und zwar das gefährlichste, ist eben die Kanzlerkandidatur von Strauß. Es ist bezeichnend, daß die Funktionäre der offen faschistischen Gruppierungen wie von Thadden oder Mußgnug in Strauß den ‚Führer einer nationalen Bewegung' sehen und Strauß diese Gruppen seinerseits öffentlich als seine Hilfstruppen gekennzeichnet hat. Das macht deutlich, daß Strauß und seine Mannschaft Sammelpunkte aller reaktionären und faschistischen Kräfte in diesem Land sind. Und von dort geht auch die Hauptgefahr der Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur aus."

Wie können wir den Vormarsch der Reaktion stoppen, wie ein neues '33 verhindern? Mehrere Redner beantworteten diese Frage dahingehend, daß dazu die Entfaltung von breiten Massenkämpfen notwendig ist. Und die Hauptkraft im Rahmen solcher Kämpfe bildet die Arbeiterklasse. Darauf müssen auch alle Aktivitäten der Antifaschisten gerichtet sein. Wer sich nicht auf die Arbeiterklasse stützen will, sondern sich nur in „alternativen" Grüppchen abkapselt, der wird letztlich scheitern.

Viele Kollegen aus den verschiedenen antifaschistischen Gruppen berichteten über gewerkschaftliche Aktionen gegen den Vormarsch der Reaktion, unter anderem auch über den Protest der Gewerkschaftsbasis gegen die Versuche der DGB-Führung, den Kampf gegen Strauß abzuschwächen. Hier muß angeknüpft und weiter gearbeitet werden. Es gilt heute mehr denn je, die Gewerkschaften als größte und machtvollste Organisationen der Arbeiterklasse zu mobilisieren und verstärkt in den Kampf gegen Reaktion und Faschismus hineinzuziehen. In diesem Zusammenhang muß vor allem ernsthaft daran gearbeitet werden, die Illusionen in der Arbeiterbewegung über die SPD zu zerstören, mit dem Ziel, den sozialdemokratischen Einfluß schließlich zu brechen.

Denn dort, wo die Arbeiterklasse geeint und entschlossen auf den Plan tritt, kann auch die Errichtung des Faschismus verhindert werden.




**Eike Hemmer, Vorsitzender der VOLKSFRONT und IGM-Vertrauensmann auf der Klöckner-Hütte in Bremen, sprach auf dem Kongreß zum Kampf gegen die Kanzlerkandidatur Franz-Josef Strauß. Er führte unter anderem aus, daß die Kräfte des Groß- und Rüstungskapitals, die einst hinter Hitler standen, heute hinter Strauß stehen, und, daß die SPD nicht die geeignete Kraft ist, Strauß zu stoppen.**

# Der Kampf gegen Strauß wird im Betrieb und auf der Straße entschieden

## Eike Hemmer erläutert die Politik der VOLKSFRONT

**„Gestern in der Westfalenhalle bin ich Mitglied der VOLKSFRONT geworden", sagte ein Kollege aus Wilhelmshaven. Allerdings hätte er da noch einige Vorbehalte. Man habe etwa in der „Tageszeitung" lesen können, die VOLKSFRONT sei ein Unternehmen der KPD/ML. Diese Sache, so meinte der Kollege, müßte hier einmal geklärt werden.**

Eike Hemmer, Vertrauensmann bei der IGM bei Klöckner in Bremen und Vorsitzender der VOLKSFRONT, nahm dazu Stellung. „Die Herrschenden", so sagte er, „haben berechtigte Angst vor einem breiten antifaschistischen Zusammenschluß, vor allem dann, wenn die Arbeiterklasse deren Kern bildet. Denn sie wissen sehr gut, daß sie dann, wenn die Arbeiterklasse aufsteht, keine Chance haben, ihre faschistische Diktatur zu errichten. Deshalb setzen sie natürlich alle Hebel in Bewegung, um einen solchen Zusammenschluß zu verhindern.

Dazu gehört eben auch die systematische Propaganda gegen die VOLKSFRONT, die als Parteiladen der Kommunisten hingestellt wird." Tatsächlich jedoch", sagte Eike Hemmer, „ist die VOLKSFRONT eine Organisation, in der Menschen aus verschiedenen Parteien und mit unterschiedlicher Weltanschauung im gemeinsamen Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg zusammenstehen. In diesem Sinne gilt auch für sie die Zeile aus einem Arbeiterlied: ‚Wir fragen nicht nach Verband noch Partei/bist du nur ehrlich im Kampf mit dabei.' "

„Die VOLKSFRONT", sagte Kollege Hemmer, „ist auch nicht eine Wahlpartei, ungeachtet der Tatsache, daß sie im Herbst bei den Bundestagswahlen antreten wird. In erster Linie ist sie eine Organisation, die den Kampf gegen Reaktion und Faschismus organisiert, die versucht, den verschiedenen Formen, die dieser Kampf in unserem Land schon angenommen hat, eine einheitliche Stoßrichtung zu geben. Ihr Platz ist in den Betrieben, in den Gewerkschaften, auf der Straße. Denn dort — und nicht im Parlament — wird letzten Endes die Entscheidung im Kampf gegen die Versuche der Herrschenden, eine neue faschistische Diktatur zu errichten, entschieden werden."

„Die KPD/ML", sagte Eike Hemmer, „hat den Aufbau der VOLKSFRONT unterstützt. Das ist die eine Sache. Wenn jetzt aber zum Beispiel Gruppen oder einzelne Mitglieder der SPD oder der Jusos zu uns kommen, und die sind noch in der Illusion befangen, sie müßten in der derzeitigen Situation ihre Stimme bei den Bundestagswahlen für Schmidt abgeben, dann sagen wir ihnen: ‚Wenn ihr auch noch die SPD wählen wollt — die Hauptsache ist, ihr steht da und kämpft, wenn Strauß kommt.'

Ein Kollege von der „Anti-Strauß-Bewegung", der auch Mitglied der Alternativen Liste in Mülheim ist, brachte noch andere Fragen im Zusammenhang mit der VOLKSFRONT zur Sprache. Vom Prinzip her würde er ihre Existenz begrüßen. „Aber", so fragte er, „warum ist ihre Gründung aus heiterem Himmel vorgenommen worden? Warum hat man sich vorher nicht um die verschiedenen linken Gruppen intensiv bemüht, etwa um die ‚Grünen', deren Mitglieder in der Mehrheit auch Strauß-Gegner sind? Wie will die VOLKSFRONT diese Menschen gewinnen?" Und schließlich: „Wie wird das Risiko eingeschätzt, Strauß ungewollt zur Macht zu verhelfen, wenn die ‚Grünen' und die VOLKSFRONT den Koalitionsparteien die Stimmen für die Mehrheit wegnehmen?"

Kollege Hemmer führte als Antwort auf diese Fragen den Gründungsparteitag der „Grünen" an. „Das vollständige Chaos auf diesem Parteitag" sagte er, „zeigt doch, was dabei herauskommt, wenn man versucht, mit den unterschiedlichsten Strömungen und Gruppen auf einen Nenner zu kommen. Ein solches Chaos stößt die Arbeiter ab, genauso wie ihnen der hier geforderte jahrelange Diskussionsprozeß zwischen den verschiedensten Gruppen fremd ist. Die Arbeiter — und auf die kommt es schließlich an — wollen eine disziplinierte Organisation mit klaren Zielen. Sie fragen: was macht ihr denn praktisch, und was wollt ihr? Und wenn sie das richtig finden, sind sie auch dabei.

Die VOLKSFRONT hat auf einen solchen jahrelangen Diskussionsprozeß verzichtet. Das heißt jedoch nicht, daß ihre Gründung aus heiterem Himmel gekommen ist. Die Mitglieder, die einzelnen Gruppen, die sich in ihr zusammengeschlossen haben, sind vorher auch schon in der antifaschistischen Arbeit aktiv gewesen. Für sie war die Erkenntnis ausschlaggebend, daß es nicht genügt, allein gegen das Auftreten der Neonazis zu kämpfen, wie das noch viele antifaschistische Gruppen tun. Die Neonazis sind nur ein Gesichtspunkt beim Vormarsch der Reaktion; der Kampf muß sich gegen die Faschisierung insgesamt richten, heute besonders gegen den drohenden Machtantritt von Strauß, hinter dem die Kräfte des großen Kapitals stehen."

In bezug auf die „Grünen" sagte Eike Hemmer, daß bei ihnen immer deutlicher Leute den Ton angeben, die im entgegengesetzten Lager stehen — bis hin zu faschistischen Elementen, die dort mitwirken. Von dieser Organisation kann kein Beitrag im Kampf gegen die Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur erwartet werden. Das hindert die VOLKSFRONT jedoch nicht, auch unter den Mitgliedern und Anhängern der ‚Grünen' zu wirken. Ihr Angebot gilt für alle, die es ehrlich meinen: kommt zu uns; kämpft mit uns gemeinsam gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.

„Was die Frage einer unfreiwilligen Unterstützung für Strauß durch eine eigene Kandidatur zu den Wahlen betrifft, so geht sie davon aus", erklärte Kollege Hemmer, „daß uns der Faschismus erspart bliebe, wenn Schmidt die Macht behält. Das ist jedoch ein gefährlicher Irrtum. Man muß in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß Hitlers Partei von 1933 auch nicht die parlamentarische Mehrheit hatte. Die Faschisten sind durch Intrigen hinter den Kulissen an die Macht gehievt worden, weil das Großkapital den ‚starken Mann' brauchte, um die Arbeiterklasse niederzuhalten.

Daraus müssen wir heute die Lehren ziehen", sagte Eike Hemmer. „Wenn also die SPD an der Macht bleiben sollte, so gibt es keine Garantie dafür, daß sie bei einer weiteren Verschärfung der Krise nicht eine große Koalition mit der Strauß-Partei bilden würde. Es ist eine gefährliche Illusion zu glauben, mit dem Stimmzettel für Schmidt könne man Strauß stoppen und dem Kapital den Weg zu einem neuen '33 verlegen. In der VOLKSFRONT ist die Frage der eigenen Wahlbeteiligung lange und gründlich diskutiert worden. Am Ende der Diskussion stand die Erkenntnis, daß es notwendig ist, den Antifaschisten auch in dieser Bundestagswahl eine klare Alternative zu bieten."

# Antifaschistische Gruppen berichten

Kennzeichnend für den Dortmunder Kongreß war die aktive Mitarbeit einer großen Reihe von Gruppen, die im Kampf gegen Reaktion und Faschismus entstanden sind. Einige Vertreter solcher Gruppen brachten am zweiten Kongreßtag Berichte über ihre Arbeit.

Diese Beiträge spiegelten die Breite des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus wider.



So stellte sich etwa eine Initiative aus Nordrhein-Westfalen vor, die seit geraumer Zeit einen erfolgreichen Kampf gegen die Einführung der Jugendpolizei führt. Eine andere Initiative hat sich in Bochum gegen die Übergriffe einer schießwütigen Polizei gebildet. Weitere Gruppen sind im Kampf gegen das provokatorische Auftreten der Neonazis entstanden.

Viele Gruppen haben im Verlauf ihrer Arbeit auch über ihren eigenen Rahmen hinaus eine große Anzahl von Antifaschisten — zum Beispiel bei Demonstrationen — zusammenschließen können. (Unser Foto zeigt eine Demonstration gegen den NPD-Parteitag in Ketsch, an der sich zahlreiche antifaschistische Gruppen beteiligten). Der „Rote Morgen" wird in der nächsten Zeit einige dieser Gruppen ausführlich vorstellen.

## Chilenische Kupferarbeiter streiken

**SANTIAGO DE CHILE.— Seit dem 19. Januar streiken mehr als 5 000 Arbeiter der Kupfermine „El Teniente". Sie kämpfen um eine wirkliche Lohnerhöhung angesichts der rasenden Inflation, die das kapitalistische Chile erfaßt hat.**

Mit diesem mutigen Streik führen die chilenischen Minenarbeiter, der traditionell kämpferischste Teil des chilenischen Proletariats, den ersten Schlag gegen das neue Arbeitsgesetz der faschistischen Junta. Dieses Gesetz verbietet Streiks, die gegen die Interessen des Staates gerichtet sind.

## Massenstreiks in Spanien

**MADRID. — Immer breiter wird die Streikwelle der spanischen Arbeiterklasse. 200 000 Metallarbeiter, 80 000 Bauarbeiter, 30 000 Holzarbeiter, Tausende von Seeleuten sind bereits im Streik.** Warnstreiks zur Vorbereitung großer Kämpfe führten die Angestellten der Verkehrsbetriebe, des Fernsehens, der Telefongesellschaften durch, insgesamt streikten in der letzten Woche fast eine halbe Million Menschen.

Der Kampf geht vor allem um Lohnerhöhungen und um die Rechte auf kollektive Tarifverträge bzw. die Ausdehnung kollektiver Tarifmöglichkeiten.

Vorläufig haben die SEAT-Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem der Streik statt der von den revisionistischen Führern der Arbeiterkommission geplanten zwei Tage immerhin zwölf Tage andauerte.

## OAU warnt Lord Soames

**DARESSALAM.— Im Namen der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) warnten Minister aus Tansania und Sambia den britischen Gouverneur Zimbabwes, Lord Soames, vor einer einseitigen Bevorzugung des Bischofs Muzorewa bei der Vorbereitung der Wahlen Ende Februar.**

Die Minister warnten davor, auf verschiedenen Wegen solche Wahlen zu organisieren, die niemals als regulär geachtet werden könnten. Die Ergebnisse einer solchen Wahl könnten von den Nachbarstaaten Zimbabwes niemals anerkannt werden, da sie eine Fortsetzung der rassistischen Bedrohung für diese Staaten und der Unterdrückung für das Volk von Zimbabwe bedeuten würden.

## Säuberung in der Sozialistischen Partei Portugals

**LISSABON.— Am 21. Januar gab der Parteichef Soares den Ausschluß dreier Mitglieder des Nationalen Sekretariats der Partei aus diesem Gremium bekannt.**

Dies ist der Auftakt der von Soares geplanten Hinaussäuberung aller irgendwie linksgerichteten Kräfte in dieser Partei, die Konsequenzen aus der Wahlniederlage vom Dezember '79 gefordert hatten.

Eine breite Opposition innerhalb der Partei macht den proreaktionären Kurs von Soares — zu Recht — verantwortlich für den Wahlsieg der rechten Allianz. Diese Opposition soll jetzt ausgeschaltet werden.

**WASHINGTON.— Selten hat ein Präsident der USA in einer Regierungserklärung eine so eindeutige Sprache gesprochen, wie der Menschenrechtsapostel Jimmy Carter. Die USA müßten unbedingt die stärkste Macht der Welt bleiben, auch wenn dies Opfer kosten sollte. Wer die Macht hat und wer die Opfer bringen soll, kommt dabei ebenfalls eindeutig zum Ausdruck. Es ist der Inbegriff eines imperialistischen Programms, was Carter vorgelegt hat.**

### 158 Milliarden Rüstungsetat

# Carters Regierungserklärung: Weltherrschaft um jeden Preis

### Die Werktätigen sollen diesen Kurs bezahlen

### Rüstungsrekord

Um die Wichtigkeit seiner Erklärungen zu unterstreichen, veröffentlichte Carter große Teile seines Berichts zur Lage der Nation bereits zwei Tage vor seiner entsprechenden Kongreßrede. Das erste der globalen Ziele der USA-Imperialisten nannte Carter offen beim Namen: Ausbau der militärischen Stärke der USA und ihrer Verbündeten und Freunde.

**Kernpunkte dabei sind der enorme Ausbau der US-Marine durch die Schaffung der 5. Indischen Ozeanflotte; der Ausbau neuer Stützpunkte überall auf der Welt mit Schwerpunkt im Persischen Golf; der Ausbau der US-Luftwaffe, die mit Langstreckenflugzeugen die arabische Halbinsel beherrschen soll; die Steigerung der Truppen und Atomwaffen in Europa, wofür ein konkretes Programm vorgelegt werden soll und in dessen Rahmen den europäischen NATO-Staaten neue Rüstungsanstrengungen diktiert werden, sowie die Schaffung neuer regionaler Militärpakte vor allem im asiatischen Raum.**

Schon in den Tagen vor dieser Rede waren die Aktien der großen Waffenschmieden der USA blitzartig angestiegen. 1979 war für die Rüstungsmonopole bereits ein sehr profitables Jahr gewesen — allein die zwölf größten direkten Kriegsmaterialproduzenten wiesen öffentlich über 15 Milliarden Dollar Gewinn aus. Die Steigerung des offiziellen Rüstungsetats auf die einzigartige Summe von 158 Milliarden ab Frühjahr 1980, die bis 1984 auf **200 Milliarden steigen soll,** versprechen nicht nur gewaltige Profite im eigenen Land, sondern auch größere Möglichkeiten der Auspressung anderer Länder.

Rechnet man zu diesen offiziellen Zahlen noch die Ausgaben für Militärforschung, Raumfahrt, Spezialistenausbildung usw. hinzu, die in anderen Bereichen des Staatshaushalts aufgeführt werden, so kann man leicht nachvollziehen, daß hier das größte Waffenarsenal der Weltgeschichte besteht. Verstärkt werden soll auch der äußerst profitable Waffenhandel zur Stützung der reaktionären proamerikanischen Regime in verschiedenen Ländern.

### Neue Organisationsformen der Herrschaft

Weitere Punkte von Carters Programm klingen auf den ersten Eindruck hin etwas besser als die offenen Rüstungsdrohungen. Lösung von Energie- und Wirtschaftsproblemen durch Entwicklungshilfe und erweiterten Handel, energische Unterstützung des Aufbaus demokratischer Organisationen im Weltmaßstab — das ist die politische Begleitmusik zur Rüstung.

Es ist seit langem bekannt, daß die US-Imperialisten solche angeblich demokratischen und neutralen Einrichtungen wie die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds, die Internationale Entwicklungsagentur usw. benutzen, um in verschiedenen Ländern der Welt ihren Einfluß auszubauen.

Die Wirtschaftshilfe der USA war bereits für zahlreiche Länder dieser Welt ein Fangstrick, mit dem sie in die Abhängigkeit der Monopolisten der Wall Street gerieten, und die amerikanische Handelspolitik, wie sich am deutlichsten immer wieder am Weizenverkauf zeigte, war stets eine Waffe zur Erpressung der Völker der Welt.

Diese so großartigen Ankündigungen des Präsidenten Carter sind also nichts anderes, als die Fortsetzung der allseitigen imperialistischen Durchdringungspolitik mit verstärkten Bemühungen.

### Die Kehrseite

Die Opfer, die Carter anspricht, werden lediglich den amerikanischen Werktätigen und den Völkern der abhängigen Länder aufgezwungen.

Die Streichung zahlreicher Sozialhilfeprogramme ist die Kehrseite der neuen Milliardenprofite für die Rüstungsmagnaten. Die Millionen Arbeitslosen des Landes, die Bewohner der Rattenlöcher in den Ghettos, die rechtlosen nationalen Minderheiten, die schwer ausgebeuteten amerikanischen Industrieproletarier — **sie sollen die Zeche bezahlen.**

Die Inflation wird weiter angeheizt, keinerlei Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeitsplätzen, keine Schulbildung für die Jugend der Minderheiten — **das ist und bleibt der Kurs der reichsten Clique der Welt und ihres Präsidenten, der sich so in ihren Augen für weitere vier Jahre qualifizieren kann.**



**US-Bomber über Vietnam: In die Steinzeit bombardieren wollten die USA-Imperialisten dieses Land. Die Völker des Persischen Golfs kennen die Drohung, die gegen sie erhoben wird!**

### Huang Hua in Pakistan

# Kriegshetze der chinesischen Sozialimperialisten

**ISLAMABAD.— Zum Abschluß seines längeren Besuchs in Pakistan zog der chinesische Außenminister Huang Hua vom Leder wie noch nie zuvor. Hua, der zuvor mit dem US-amerikanischen Kriegsminister Brown in Peking über Waffenlieferungen der USA an Peking und Pakistan verhandelt hatte, war in Pakistan, um sich mit seinem neuen Partner, dem Diktator Zia, über das gemeinsame Vorgehen zu einigen.**

Nicht nur die schnelle Einigung mit Zia, dem man bisher vorgeworfen hatte, den früheren Mao-Schützling Bhutto ermordet zu haben, zeigt, wie skrupellos die chinesischen Sozialimperialisten sich mit jedem Reaktionär zusammenschließen, der bereit ist, ihren Kriegskurs mitzumachen.



**Schon Mao hatte einen feinen Riecher. (Karikatur aus „Hostëni")**

Das ganze Auftreten chinesischer Spitzenpolitiker nach Browns Besuch in Peking war geprägt vom neuen Mut der Mandarine, geschöpft aus der — jetzt offenen Waffenbrüderschaft mit den USA-Imperialisten.

So setzte Hua in Islamabad zu einer Kriegshetze an, die in ihren schrillen, hysterischen Tönen selbst jene überraschte, die die jahrelange Propaganda aus Peking kannten.

Die europäische Reaktion auf den sowjetischen Einmarsch sei „zu weich" gewesen, das würde die sowjetischen Sozialimperialisten zu neuen Aggressionen ermuntern. Im Gegensatz zu ihrem bisherigen Handeln, so Hua, **müssen die westlichen Länder den Angriff auf Afghanistan als einen Angriff auf sich selbst betrachten und entsprechend handeln.**

Alle müßten jetzt sehen, daß alle Unruhe in der Welt von der UdSSR ausgehe und daß alle nötigen Schritte zum Zusammenschluß gegen diese Gefahr unternommen werden müßten.

Insbesondere die Bundesrepublik als ein „Land an der vordersten Front" müsse weitgehende Konsequenzen ziehen, der Angriff auf Afghanistan müsse als ein Teil einer großen Strategie der UdSSR zur Unterwerfung ganz Europas begriffen werden, dann lägen die Konsequenzen auf der Hand.

Das ist die Sprache der Hitler und Nixon, mit der sie ihre „Vergeltungs- und Verteidigungskriege" begründeten. Diese Sprache ist mit Washington abgestimmt worden, das den chinesischen Einfluß auf Länder Asiens dazu ausnutzen will, diese unter den Schild des USA-Imperialismus zu zwingen.

Das ist offene und schamlose Kriegshetze, womit die chinesischen Sozialimperialisten ihren Kurs verfolgen, in Europa den Krieg zu schüren.

Kein Mensch kann glauben, daß es den chinesischen Führern etwa um die Verhinderung des Krieges ginge, was ihnen zufolge sowieso unmöglich ist. Sonst würden sie nicht so laut nach der militärischen Rache der westlichen Imperialisten schreien.

Erst recht kann niemand glauben, daß es ihnen etwa um das Schicksal der Völker des Mittleren Ostens ginge. Sonst hätten sie nicht den USA offene Unterstützung für ihre Aggression gegen den Iran angedeihen lassen.

Es geht ihnen einzig und allein um die Festigung der eigenen Macht, die Ausdehnung des eigenen Einflusses im Rahmen des Bündnisses, das sie mit den Imperialisten der USA geschlossen haben.

### Die organisierte Hausse

# Goldspekulationen heizen die Währungskrise an

### London diktiert den Preis

**LONDON.— Während mehrerer Wochen stieg der Goldpreis ohne Unterbrechung. Eine Reihe von Staaten plant Maßnahmen zur Sicherung ihrer Währung vor dieser einzigartigen Welle von Spekulation. Aber während in der Presse und im Fernsehen so getan wird, als sei das ganze ein Wunder, unbegreiflich, ungesteuert, sieht die Wahrheit so aus, daß diese Kampagne von den angloamerikanischen Goldminenbesitzern aus Südafrika und London gesteuert wird.**

Entsprechend einem stillschweigenden Übereinkommen der Finanzkapitalisten wird der Goldpreis in London festgesetzt. An dieser Festsetzung sind fünf britische Großbanken beteiligt. Täglich zweimal treffen sich die Vertreter von N.M. Rothschild Bank, Johnson & Mattey Bank, Mocatta and Goldschmid, Samuel Montague Bank und der Sharps & Pixley Bank, um einen neuen Preis festzulegen.

Diese fünf Banken sind aber auch die Großaktionäre der Anglo-American Corporation of South Africa, die faktisch das Monopol auf die größten Goldminen der Welt hat. Auch amerikanische Banken wie die New York City Bank oder der Morgan Guarantee Trust sind daran beteiligt.

Die Zürcher Börse, an der traditionell das südafrikanische Gold verkauft wird, dessen Besitzer in London und New York seinen Preis festlegen, ist so zum Zentrum eines gewaltigen Spekulationsschwindels geworden, der den großen britischen und nordamerikanischen Finanzkapitalisten Milliardengewinne auf Kosten der Währungen und Reserven kleinerer kapitalistischer Staaten bringen wird. Denn sie werden den Goldpreis spätestens dann wieder senken, wenn auch andere Rohstoffe im Preis steigen, und dann werden sie wieder, wie schon einmal nach dem Sturz des Dollars als Leitwährung, verstärkt Gold aufkaufen.

### Leitartikel von „Zeri i Popullit“

# „Sowjetisch-bulgarische Drohungen und Erpressungsversuche bleiben auf dem Balkan erfolglos“

## Große Aufmerksamkeit in der westlichen Presse

**TIRANA. — Am 19. Januar veröffentlichte die albanische Nachrichtenagentur ATA einen Leitartikel des Zentralorgans der Partei der Arbeit Albaniens mit der oben genannten Überschrift zur Lage auf dem Balkan nach der Entstehung der Mittelostkrise, der in der westlichen Presse und im Fernsehen große Aufmerksamkeit hervorrief. Zahlreiche Spekulationen wurden damit verbunden, was den außenpolitischen Kurs der Sozialistischen Volksrepublik Albanien betrifft. Um solchen Spekulationen den Boden zu nehmen, unsere Leser zu informieren und die Politik der albanischen Kommunisten zu unterstützen, veröffentlicht der „Rote Morgen“ in eigener Übersetzung diesen Leitartikel entsprechend der ATA-Meldung.**

Die Besetzung Afghanistans durch die sowjetischen Sozialimperialisten und die Drohungen der USA-Imperialisten mit einer wirtschaftlichen und militärischen Blockade gegen das kämpfende iranische Volk bleiben im Zentrum des Interesses der Weltöffentlichkeit. Die friedliebenden und ehrlichen Menschen, von wo auch immer, verurteilen entschieden und entrüstet diese offenen aggressiven Akte gegen die freiheitsliebenden Völker.

Indem sie Afghanistan besetzen und den Iran bedrohen, trampeln die sowjetischen und amerikanischen Imperialisten in der zynischsten, brutalsten und skrupellosesten Weise auf **den unleugbaren Rechten jeden Volkes herum, sein Schicksal selbst zu entscheiden, seine Regierungsform und seinen Entwicklungsweg selbst zu bestimmen. Sie verletzten in flagranter** Weise das allgemein akzeptierte und vom internationalen Recht bestätigte Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates und die Respektierung der Souveränität der Nationen.

Jetzt ist es jedem klar, daß die großartigen sowjetischen Beschwörungen der „internationalen Entspannung“, „friedliche Koexistenz“, „Abrüstung“ wie auch die amerikanischen Parolen von der „Verteidigung der Menschenrechte“ bloße Demagogie sind, mit der sie die Wachsamkeit der Völker einlullen wollen. Das ist ihre Maskerade zur Vorbereitung von Aggressionen, für die Ausbreitung des sozialimperialistischen Expansionismus und Hegemonismus. Ebenso ist jetzt auch klar, daß Afghanistan nicht das letzte Opfer sowjetischer Aggression sein wird. Der sowjetische Sozialimperialismus wie jeder Imperialismus, ist unersättlich bei Besetzungen, hemmungslos bei der Unterdrückung der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker. **Seine Expansion ist allseitig,** nach Osten und Westen, nach Süden und Südosten.

Wenn die Zeiten komplizierter werden, so wie jetzt, sind deshalb auch die Spekulationen über die nächsten Aggressionen der Imperialisten zahlreich. Die ausländische Presse wird nicht müde, zu betonen, daß Jugoslawien ein mögliches Opfer sowjetischer **Angriffe werden könnte. Jetzt, da Präsident Tito krank ist und sich die Frage stellt, was nach ihm in Jugoslawien sein wird und wer an die Macht kommt, gibt es viele, die sagen, daß diese Situation die sowjetischen Führer bei ihren drohenden Aktivitäten gegen Jugoslawien** noch anfeuern werde.

Solche Überlegungen und Urteile entstehen auch aus der bedeutsamen und allbekannten Tatsache, daß die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre bulgarischen Werkzeuge, unter verschiedenen Vorwänden, **Jugoslawien bedroht und erpreßt** haben. Auch in den letzten Tagen hat die Zeitung „Prawda“, im Ton einer Großmacht, die von jedermann Gehorsam und Respekt verlangt, in arroganter Weise die jugoslawische Presse für deren gerechtfertigte Verurteilung der sowjetischen Aggression in Afghanistan getadelt. Der Artikel besagte, daß **die UdSSR jemanden auch bestrafen kann,** wenn ihre Worte und Wünsche nicht befolgt werden.

Das albanische Volk, das die Vergangenheit der Völker Jugoslawiens gut kennt, ist völlig davon überzeugt, daß diese weder Drohung noch Erpressung fürchten. Sie werden, wenn nötig, zu kämpfen wissen, heldenhaft und kühn, gegen jeden Angriff durch Feinde von wo auch immer.

Die jugoslawischen Völker gehören nicht zu jenen, die sich im Angesicht von Drohungen fürchten. Sie wissen, wie man voller Selbstaufopferung kämpft, um die Freiheit und Unabhängigkeit, die mit so viel Blut und so vielen Opfern erkämpft wurden, zu verteidigen.

Wir, die Albaner, hatten und haben unüberbrückbare ideologische Differenzen mit der jugoslawischen Führung. Wir haben das antimarxistische Selbstverwaltungssystem kritisiert und werden dies weiter tun. Wir haben entschieden gegen den jugoslawischen und modernen Revisionismus gekämpft, um die Reinheit des Marxismus-Leninismus zu verteidigen und werden dies auch weiter tun. Wir waren und sind an den Rechten der Albaner in Kossovo, Mazedonien und Montenegro interessiert, die ihnen aufgrund der jugoslawischen Verfassung zustehen. Dieser unser Standpunkt ist öffentlich bekannt und eindeutig.

Die Außenpolitik unseres Landes gegenüber den Nachbarn hat sich weder verändert noch wird sie sich verändern. Unsere Republik machte und macht alle Anstrengungen für eine normale Entwicklung des Handels, der kulturellen und anderen Beziehungen mit ihnen. Wir haben öffentlich erklärt, daß Albanien niemals seinen Boden als Aufmarsch**basis für Fremde gegen Jugoslawien und Griechenland her**geben werde, daß wir Seite an Seite mit den jugoslawischen Völkern und dem griechischen Volk stehen werden, in ihrem Kampf um Freiheit, Unabhängigkeit und nationale Selbstbestimmung. Ebenso haben wir erklärt, daß nicht nur keine Bedrohung, sondern Hilfe aus Albanien kommen wird.

**Die Völker des Balkans bedrohen niemanden, aber gleichzeitig fürchten sie auch keine Drohung, wie sie auch keinen Aggressionskrieg fürchten, den** sie siegreich zerschlagen würden.

Die bulgarische revisionistische Führung setzt die aggressive Akte der alten bulgarischen Zaren fort, um ihren neuen Herren zu dienen, den aggressiven Kremlzaren. Aber die sowjetischen Revisionisten und ihre Vasallen, die bulgarischen Führer sollen wissen, daß ihre Aktivitäten gegen die Völker Albaniens, Jugoslawiens und Griechenlands nicht nur erfolglos bleiben werden, sondern auch hart bestraft werden. Alle fortschrittlichen Menschen der Welt werden den gerechten Kampf der Völker **gegen die Aggressoren unter**stützen.

Was die Drohungen der sowjetischen, amerikanischen und anderen Imperialisten gegen Jugoslawien betrifft, bekräftigt das albanische Volk, was Genosse Enver Hoxha auf dem VII. Parteitag der PAA sagte: „Im Falle irgendeiner möglichen Aggression der Sowjetunion oder einer anderen Macht gegen Jugoslawien, wird Albanien den Völkern Jugoslawiens zur Seite stehen.“

Jedermann muß davon überzeugt sein, daß, wenn sich die Frage der Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit gegen — egal welchen — imperialistischen Aggressor stellt, die Albaner und Jugoslawen wieder, wie in der Vergangenheit, gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind kämpfen werden. Historische Tatsachen beweisen das. Unsere Divisionen gingen nach Jugoslawien und kämpften an derselben Front, Seite an Seite mit den juogslawischen Partisanen gegen die deutschen Faschisten und kehrten siegreich zurück.

Wir Albaner kämpfen für Freiheit und Gerechtigkeit. Und als mutige Menschen bewahren wir auch einen kühlen Kopf. Aber wenn jemand auf **uns herumtrampeln will, dann** sprechen die Gewehre.

Die jugoslawischen Völker sind mutige Völker, und wir sind davon überzeugt, daß sie es niemals, weder den sowjetischen Panzern des Warschauer Pakts noch den amerikanischen Imperialisten, erlauben werden, ihr Territorium zu betreten. Wie heute, werden sie es auch in der Zukunft nicht zulassen, daß aus ihrem Heimatland eine Tschechoslowakei oder ein Afghanistan wird. Sie werden verhindern, daß Banden, Agenten des sowjetischen Sozialimperialismus, Ustaschaleute und Großserben, daheim oder im Ausland, ihren Widerstandsgeist gegen die ausländische Aggression schwächen.

Die Völker Jugoslawiens sind sich, wie auch unser Volk, dessen bewußt, daß ihre Hauptfeinde der amerikanische Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus sind. Ebensowenig dürfen sie dem chinesischen Sozialimperialismus trauen, der das Spiel der Balance zwischen beiden Supermächten spielt, zum Schaden der freiheitsliebenden Völker.

**Die reaktionäre Bourgeoisie, die von den Logen des Welt**theaters aus zusieht, wie sie es tat als Hitler ein Volk nach dem anderen überfiel, stellt die Frage: „Was wird in Jugoslawien nach Tito passieren?“. Wir Albaner werden ihnen sagen, was passieren wird. Die Völker Jugoslawiens werden heldenhaft gegen jeden kämpfen, der versuchen sollte, ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu verletzen.

**Die reaktionäre Bourgeoisie** hilft mit ihrer Haltung den sowjetischen sozialimperialistischen Aggressoren und stachelt sie an, und sie versucht, die Völker Jugoslawiens zu entmutigen und einzuschüchtern, sie angesichts der Gefahr wehrlos zu machen. Brudervölker Jugoslawiens — seid auf der Hut **vor falschen Freunden, denn ihr wißt selbst, wie man die** offenen Feinde bekämpft und besiegt!

Die möglichen Aggressoren, seien es die Sowjets oder die Amerikaner, müssen wissen, daß weder die Jugoslawen noch die Albaner sich Erpressungen und Drohungen unterwerfen werden, daß sie nicht in die Fallstricke der Feinde fallen werden. Sie fürchten keinen Aggressor. Wer immer auch das Feuer des Aggressionskriegs in unsere Länder tragen will, wird von diesem Feuer verbrannt werden.



### Eine neue Welle der Spekulation über Jugoslawien

# Belgrad zwischen den Supermächten

## Bulgarien erneuert Gebietsansprüche

**BELGRAD/BONN. — Nach dem sowjetischen Überfall auf Afghanistan ist, verstärkt durch die Krankheit Titos, in der ganzen westlichen Presse eine breite Spekulationswelle über Jugoslawiens Zukunft entstanden. Worum handelt es sich bei dieser Kampagne, was für ein Interesse haben die westlichen Imperialisten an Jugoslawien, welche Rolle spielt dabei die Führung der VR Bulgarien, und was bedeutet das albanische Hilfsangebot?**

Die jugoslawischen Partisanen, die so heldenhaft gegen den deutschen Faschismus gekämpft hatten, und auch die im antifaschistischen Krieg sieg**reichen Völker des Balkans,** sahen sich kurz nach dem Krieg vor eine schwierige Situation gestellt. Tito, der die Führung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens an sich gerissen hatte, trennte Jugoslawien vom sozialistischen Lager und machte aus dem Land einen Tummelplatz der Agenten des amerikanischen und britischen Geheimdienstes. Er errichtete eine blutige Diktatur über das Volk. Zehntausende von Kommunisten und Antifaschisten verschwanden in den Konzentrationslagern des gefürchteten Polizeischergen Rankovic.

Die US-Imperialisten triumphierten, sie hatten den entscheidenden Einfluß in einem Land, das sozialistisch genannt wurde — ein „Sozialismus“, der mit den Dollars der Wall Street „aufgebaut“ wurde, der neben der Machterhaltung der Reaktionäre zur Entstehung und Bereicherung einer neuen kapitalistischen Klasse, die die Macht ergriff, führte.

Nachdem die modernen Revisionisten in zahlreichen Ländern des sozialistischen Lagers den Sozialismus zerstört und den Kapitalismus wiedererrichtet hatten, verbesserten sich auch die Beziehungen Titos zu diesen Staaten wieder, vor allem zur UdSSR.

Es entstand eine Situation, und die besteht heute noch, da die beiden imperialistischen Supermächte um den Haupteinfluß in Jugoslawien kämpfen.

Beide, sowohl die USA als **auch die UdSSR, haben zahlreiche wirtschaftliche, politische und militärische Abkommen, Verträge und gemeinsame** Aktivitäten mit Jugoslawien. Beide haben bestimmte politische Gruppierungen im Lande, die ihre Interessen vertreten.

Das ist der Grund dafür, weshalb immer wieder in regelmäßigen Abständen entweder sogenannte stalinistische Gruppen, die in Wirklichkeit sowjetische sind, oder auch nationalistische und faschistische Gruppen, großserbische Chauvinisten oder kroatische Faschisten usw., die direkt von Amerika gesteuert werden, in Jugoslawien gesäubert werden, wenn ihr Einfluß zu groß wird oder sie sich auf eine andere Weise exponieren.

Denn die jugoslawische Bourgeoisie will ihren Schaukelkurs fortsetzen. Sie ist dazu auch gezwungen, denn im Volke leben die nationalen und antifaschistischen Traditionen, trotz aller Erstickungsversuche, nach wie vor fort.

Die bulgarische Führung auf der anderen Seite ist der treueste Lakai der sowjetischen Sozialimperialisten, stets sind sie die ersten, wenn es gilt, die Aggressionspolitik der neuen Zaren zu unterstützen. Damit wollen sie ihren eigenen Anspruch auf den Status einer Großmacht des Balkans untermauern, der sich vor allem im Anspruch auf Mazedonien äußert. Dieser Anspruch, der durch zahllose geschichtliche und kulturelle Fälschungen untermauert wird, wurde gerade im letzten Jahr von Bulga**rien gegenüber Jugoslawien** massiv erhoben. Eine sowje**tische Aggression gegen Jugoslawien, das ist eindeutig, würde sich auf jeden Fall auf die großbulgarischen Träume der** Schiwkoff und Konsorten stützen.

Die massive westliche Pressekampagne in dieser Situation wiederum soll dazu dienen, die prowestlichen Gruppen der jugoslawischen Bourgeoisie dazu anzufeuern, beim USA-Imperialismus und der EG Schutz zu suchen, die Völker Jugoslawiens auf jeden Fall am eigenständigen Kampf zu hindern.

Dieser komplizierten Lage trägt die Politik der albanischen Kommunisten Rechnung, die keineswegs einseitig vor einem sowjetischen Überfall warnen, und die vor allem für einen Frieden auf dem Balkan eintreten.

Das Angebot der albanischen Kommunisten, Jugoslawien und Griechenland gegen jede imperialistische Aggression zu helfen, ist weder neu noch erstaunlich. Es entspringt der Tradition und der Notwendigkeit des Kampfes gegen imperialistische Balkanpläne, und wurde — in dieser Form — bereits vor mehr als drei Jahren beim VII. Parteitag der PAA gemacht, entspricht aber der traditionellen Politik der PAA seit dem Bestehen zweier imperialistischer Supermächte.

# Literatur ausländischer Arbeiter

Güney Dal

## Der Streik beginnt

### Aus dem Roman „Wenn Ali die Glocken läuten hört"

*In dem folgenden Auszug erzählt der türkische Arbeiter Hamdi, wie 1971 der Streik bei Ford begann.*

Als ich verstand, was los war, hätte ich mich selbst in den Hintern beißen können. Während die uns für dumm verkaufen und die Bänder beschleunigen, arbeiten wir weiter, ohne piep zu sagen. Für sich selbst haben sie auch einen Vorwand gefunden: „An die fünfhundert Mann haben ihre Arbeit aufgegeben, bis ihre Plätze wieder aufgefüllt sind, werden die Bänder etwas beschleunigt". Hör dir das an, als ob wir vom Dorf hierhergekommen sind, um dazu Ja zu sagen. Die Kerle sind so blöd, wie sie anmaßend sind. Man braucht nur fünfhundert Menschen den Boden unter den Füßen wegzuziehen, dann sagen die, die das gesehen haben, keinen Ton. Eines Tages machen sie das gleiche mit dir. Als ob unser Leben nichts wert sei.

Einer der Kollegen war zum Hauptschalter gegangen und hatte draufgedrückt. „Schipp" blieb das Band in unserer Halle stehen. Als es stand, spielten sie alle noch mehr verrückt. Sie fingen zu singen und zu gröhlen an. Ein Teil der Kollegen wollte auch, daß alle Lampen in der Halle gelöscht werden, sie wollten im Dunkeln sein. Diese erwachsenen Männer wollten sich im Dunkeln wie Kinder vergnügen. Alle schrien gleichzeitig im Takt: „Licht aus, Licht aus". Natürlich waren das Türken, die „Licht aus" schrien. Dann fielen die anderen ausländischen Arbeiter in das Geschrei ein, auf türkisch, und wieder mit falscher Aussprache.

Nach einer Weile stieg einer der Kollegen auf einen erhöhten Platz und begann zu schreien. Vor Lärm konnte man nicht verstehen, was der dunkelhäutige Mann sagte. Einer gebot dem anderen, ruhig zu sein, dann schwiegen alle. „Diese Leute benutzen uns wie Gefangene", hat er gesagt. „Sie behandeln uns wie Sklaven. Sie beuten uns ebenso aus, wie sie unseren Kollegen mit an den Haaren herbeigezogenen Gründen gekündigt haben. Das hat nichts mit Menschlichkeit zu tun", hat er gesagt. „Die haben doch auch Kinder und Eltern in der Heimat, die auf Geld warten. Wenn wir für diese Kollegen nichts unternehmen, tut keiner etwas. Was sie heute mit denen tun, machen sie morgen mit uns. Vielleicht haben es einige von euch bemerkt: heute morgen haben sich die gekündigten Kollegen vor dem Werkstor versammelt und sich die Kollegen angesehen, die die Fabrik betreten durften. Woher wissen wir, ob wir nicht morgen oder übermorgen auch sorgenbeladen vor der Fabrik warten? Deshalb müssen wir das tun, was unsere Pflicht ist, uns auf die anderen Hallen verteilen, damit auch die Kollegen es erfahren, die es noch nicht wissen. Nötigenfalls streiken wir."

Der Kollege hat noch fünf, zehn Minuten so schön weitergeredet. Ein alter Hilfsarbeiter aus Konya, der neben mir stand, hat angefangen zu weinen.

Alle verteilten sich und erklärten jedem, den sie trafen, daß wir streiken wollen. Manche von unseren Leuten fragten, was ein Streik ist, dann erklärten sie es ihnen. Bei Allah, mein Freund, es ist eine Schande, ich hatte zwar schon von Streiks gehört, aber ich wußte auch nicht, wie das geht. Ein Kollege, der in unserer Halle arbeitet und früher Gewerkschafter war, hat alle Fragen ausführlich beantwortet. Während er es erklärte, sagte er: „Die werden verrückt, die werden verrückt", und schüttelte sich vor Lachen aus. Man konnte denken, er sei der, der verrückt geworden war, so regte er sich auf. „Die Geschäftsleitung, die beiden Gewerkschafter, der Betriebsrat, alle haben durchgedreht. Die Sklaven meutern, sie sind nicht zu halten. So und ähnlich sagen sie."

Dann tauchten die Meister wieder auf. „Alle können nach Hause gehen, es ist Feierabend. Geht nach Hause und ruht euch schön aus", sagten sie. Dann wurde dasselbe auch durch die Lautsprecher in der Halle gesagt. Sie wollten, daß wir schnell nach Hause gehen und die Angelegenheit damit beendet sei. Aber alle, die aus der Fabrik kamen, gruppierten sich auf dem Platz vor dem großen Tor, die Gruppen wurden immer größer...Später haben wir gehört, daß die Nachtschicht auch nur zwei Stunden gearbeitet und dann aufgehört hat.

***Güney Dal wurde 1944 in Istanbul geboren. Studium in Istanbul. Fabrikarbeiter. Lebt jetzt als Mitarbeiter des SFB und Schriftsteller in Westberlin. Sein Roman „Wenn Ali die Glocken läuten hört" ist erschienen bei „edition der 2", Merseburger Straße 7, Berlin 62.***



D. Trumbetas: Warte mal, Kameltreiber

Medien

# Hände weg von der „Radiothek"!

### Eklatanter Zensurfall beim WDR

**KÖLN. — „Einen Wortbeitrag gibt es heute nicht!" — Mit dieser lapidaren Mitteilung überraschte am 22. Januar der Disk-Jockey der kritischen Musik- und Informationssendung „Radiothek" im WDR II die zumeist jugendlichen Hörer. Den Grund für den Ausfall erfuhren die Hörer zunächst nicht.**

In einer vage gehaltenen Pressenotiz wurde den Hörern lediglich mitgeteilt, daß die Wortbeiträge der Radiothek einer neuen Konzeption bedürften und daß über dieses Thema demnächst unter Mitwirkung des Hörfunkintendanten Jenke, aller Programmbereiche des Hörfunks und auch der „Radiothek"-Redaktion beraten werden solle. Die „Radiothek" werde, bis auf weiteres überwiegend als eine reine Musiksendung verbreitet. — Tatsächlich sind seither im WDR II zwischen 19 und 21 Uhr nur noch Musik und Text-Konserven — Wiederholungen alter Sendungen — zu hören.

Wenn auch die Einzelheiten des Falles hinter den Kulissen der WDR-Sendeanstalt verborgen gehalten werden, so ist doch klar, worum sich der Konflikt im wesentlichen dreht: Dem WDR-Intendanten von Sell und dem Programmdirektor Hübner, diesen Erfüllungsgehilfen reaktionärer Bestrebungen auf dem Gebiete der Medien, sind die „Radiothek"-Sendungen zu brisant und kritisch. Die Sendungen, sorgfältig auf die Hörerwünsche der Jugendlichen abgestimmt, machen auch vor „heißen" Themen wie Fragen der betrieblichen Ausbildung, Kampf gegen Neonazismus und Faschismus, Jugendorganisationen u.a. nicht halt; sie erreichen dabei Woche für Woche mehr als 1,8 Millionen Hörer. Da die Wortbeiträge meist „live" ausgestrahlt werden, entziehen sie sich der unmittelbaren Kontrolle der Mediengewaltigen. Kontrolle und damit Zensur ist aber genau das, was Hübner, von Sell, Jenke und Konsorten erreichen wollen. Diesen Bemühungen dürfte sich die „Radiothek"-Redaktion wiedersetzt haben; möglicherweise wollte sie gerade durch die Streichung der Wortbeiträge auf diesen Fall aufmerksam machen.

Bemühungen, der „Radiothek" einen Maulkorb umzulegen, gibt es seit 1973 — praktisch seit Bestehen der Sendung. 1975 wurden wochenlang alle Beiträge mitstenographiert und dem Programmbeirat als Manuskript vorgelegt. Die Untersuchungskommission bezeichnete 40 Prozent der „Radiothek"-Sendungen als „verzerrt", als: „marxistisch indoktriniert". Die Redaktion, so zu einem „Denkprozeß" veranlaßt, legte schließlich ein neues Konzept vor, das die Zustimmung der Intendanz erhielt. Doch der Konflikt schwelte weiter. Intendanz und Hörfunkdirektion beanstandeten weiter, daß die „Radiothek"-Sendungen zu viel Gewicht auf die „Problemfelder" der Gesellschaft legen würden und zu wenig auf die „Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft".

Die reaktionären Angriffe beim WDR beschränkten sich jedoch nicht allein auf die „Radiothek"-Sendung. Besonders in der letzten Zeit wurden kritische Sendungen von den obersten Verantwortlichen gekippt oder beschnitten, kritische Journalisten wurde gemaßregelt.

- Im Februar 1979 wollte die Kölner „Monitor"-Redaktion Helmut Kohls Holland-Debakel in der ZDF-Reihe „Bürger fragen — Politiker antworten" noch einmal ausleuchten. Auf Betreiben des WDR-Programmdirektors Hübner wurde das Unternehmen jedoch aufgegeben.
- Im April 1979 mußte die Wiederholung des Beitrags „Kraftproben: Ulrich Jochimsen. Der Mann, der sich mit der Post anlegte" gestrichen werden. Der Beitrag, der bei einer Ausstrahlung vier Monate vorher großes Echo unter den Zuschauern gefunden und heftigen Protest aus dem Postministerium hervorgerufen hatte, kritisierte in scharfer Form das Monopolverhalten der Post.
- Unter dem Vorwurf des „blanken Marxismus" und der „äußersten Einseitigkeit" wurde ebenfalls die Wiederholungssendung „Stadt, Transport und Industrie" von der Mattscheibe abgezogen.
- Am 15. Dezember ließ Programmdirektor Hübner zwei Liedvorträge des Liedermachers Frank Baier nur zensiert auf den Bildschirm. Die inkriminierten Liedstellen wurden mit dem Stempel „pure Agitation" belegt (der „Rote Morgen" 1/80 berichtete darüber).

Die reaktionären Vorgänge beim WDR stehen in der Bundesrepublik nicht alleine da; sie sind symptomatisch für die Sendeanstalten insgesamt. Die Vorgänge sind Ausdruck der zunehmenden reaktionären Bestrebungen, die elektronische Medienlandschaft in der Bundesrepublik insgesamt zu verändern, die kritischen und fortschrittlichen Töne daraus noch mehr zu verbannen, die Medien zum ausschließlichen Sprachrohr des Staates und der reaktionärsten Kräfte, sie zum Propagandawerkzeug und Profitobjekt der großen Kapitalisten zu machen. Die Vorgänge um die Zerschlagung des NDR als öffentlich-rechtliche Dreiländeranstalt und die Zensurfälle im WDR (und in anderen Sendern) haben letztlich den gleichen gesellschaftlichen und machtpolitischen Hintergrund. (Der „Rote Morgen" wird in den nächsten Nummern noch auf die Hintergründe der gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die elektronischen Medien eingehen.)

Der Ausgang des Konflikts um die „Radiothek" ist offen; die angekündigten Gespräche sind — soweit bekannt — noch nicht geführt. Mehr als alle anderen bisherigen Zensurangriffe aber hat der Angriff auf die „Radiothek" Empörung und Widerstand in der Öffentlichkeit hervorgerufen, Aktivitäten und Aktionen sind in Gang gesetz worden. Mitmachen, und wenn es nur ein kleiner Anruf beim WDR ist! Gestern waren es die Lieder Frank Baiers, die zensiert wurden, heute ist es die „Radiothek"-Sendung, morgen wird es vielleicht die Sendung „Hallo Ü-Wagen" von Carmen Thomas sein und so weiter uns so fort, bis auch der letzte kritische Ton aus den Sendern verschwunden ist.

Es gilt, den reaktionären Bestrebungen entgegenzutreten: Hände weg von der „Radiothek"-Sendung!



### Jusuf Naoum

**Die großen Bauten**

*Unter dem hohen olympischen Stadion*
*in München*
*dem geputzten, glänzenden, leuchtenden*
*an den Himmel kratzenden*
*sollen verunglückte Gastarbeiter liegen.*

*Unter den Pyramiden*
*im alten Ägypten*
*fanden sich*
*die Knochen*
*von Sklaven.*

### Franco Biondi

**Schon vereinen wir unsere Hände**

*Sie haben mich gerufen*
*um bedient zu werden;*
*sie haben ihren Hund*
*ins Kinderzimmer gebracht*
*und mich ins Hundelager geworfen;*
*sie haben dann die Augen geschlossen*
*um mich nicht in der Verzweiflung*
*ertrinken zu sehen —*
*aber sie sollen nicht glauben,*
*daß ich mich mit Gastarbeiterängsten*
*betrinke:*
*schon vereinen wir unsere Hände,*
*schon nähren wir in uns*
*unsere neuen Kampftage.*

**Texte und Grafiken aus: *linkskurve* 1/80**




Wegen dieser Parole wurde Fritz S. aus Köln zu 400 Mark Geldstrafe wegen Verächtlichmachung dieses Staates verurteilt.

# 400 Mark Strafe für Protestaktion

Hierzulande darf jeder sagen, was er denkt. Oder? Schließlich steht es so doch im Grundgesetz. Und wir leben ja auch nicht „drüben", wo niemand ungestraft den Mund aufmachen kann.

In der Wirklichkeit jedoch sieht es oft anders aus. Da hat dann alles seine Grenzen und seinen Preis — auch die oft beschworene freie Meinungsäußerung. Das mußte jetzt der arbeitslose Tierpfleger Fritz S. aus Köln erfahren. Er ist einer von denen, die es mit dem Recht auf Meinungsäußerung ernst nehmen und fleißig Gebrauch davon machen.

Fritz S. verfährt dabei so: Was ihm nicht paßt, das schreibt er auf Pappschilder, und die trägt er dann als Einzel-Demonstrant durch die Kölner Innenstadt. Da konnten die Passanten etwa lesen: „BRD wie B-erufsverbote, R-eaktion, D-auerkrise." Oder: „Obdachlose, Arbeitslose, Rechtlose: Wehrt Euch!" Oder auch: „Hunger! Hier und Heute! Mitten in Köln. Seit Karfreitag lebe ich von Zuckerwasser. Sozialamt verweigert jede Überbrückung." Und auch seine Schlußfolgerung aus solchen Erfahrungen trug Fritz S. als Plakat um den Hals gehängt: „Ich scheiße auf diesen Staat!"

Der Einzel-Demonstrant sah sich bei seinen Aktionen wiederholt Pöbeleien durch reaktionäre Zeitgenossen ausgesetzt. Deshalb wandte er sich an den Kölner Polizeipräsidenten mit der Forderung, ihm einen uniformierten Beamten mit „demokratischer Gesinnung" zum Schutz beizugeben. Statt des Geleitschutzes jedoch kam aus dem Präsidium eine massive Drohung: „Wer — wie Sie es getan haben — die Schranken, die die Verfassung dem Recht auf freie Meinungsäußerung gesetzt hat, unbeachtet läßt, setzt sich damit selbst eine Ursache für mögliche Angriffe (...)"

Die Angriffe ließen dann auch nicht auf sich warten. Es fand sich ein „empörter" Passant, der am letztgenannten Plakat des Fritz S. Anstoß nahm. „Zufällig" war auch ein Polizist als Zeuge zugegen — und die Sache konnte ihren ordnungsgemäßen Gang nehmen: vor ein Kölner Gericht nämlich. Fritz S. wurde nach Paragraf 90a wegen Verächtlichmachung dieses Staates angeklagt. Der Staatsanwalt forderte 300 Mark Geldstrafe; der Richter legte noch einmal 100 Mark hinzu. Fritz S. muß jetzt zahlen oder — was angesichts seiner sozialen Lage wahrscheinlich ist — ins Gefängnis gehen.

Es hat eben hierzulande alles seinen Preis — auch freie Meinungsäußerung.

135 000 Mark unterschlagen

# Betrüger sitzt weiter im Bundestag

## Komplizenschaft der Bonner Parteien

**In aller Stille fand jüngst eine der zahlreichen Affären des Bonner Parlaments ihr vorläufiges Ende. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rudolf Kaffka wurde vom Landgericht Kaiserslautern wegen Untreue und Betrugs zu zehn Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt.**

Die Zeitungen berichteten nur spärlich über den Fall. Und auch im Bundestag, in den Kaffka — als sei nichts geschehen — zurückkehrte, blieb es stumm. **Seine Partei weigerte** sich ausdrücklich, den verurteilten Betrüger aus der Fraktion auszuschließen. SPD-Sprecher Terjung: **„Her Kaffka bleibt Angehöriger der Fraktion**, sein Mandat läuft mit dieser Legislaturperiode aus." Selbst die CDU/CSU mochte sich nicht dazu durchringen, den Ausschluß des Betrügers aus der „Volksvertretung" zu verlangen.

Das war geschehen: Rudolf Kaffka, im Hauptberuf Pfarrer, hatte 1972 einen Verein mit dem anspruchsvollen Namen „Verein zur staatsbürgerlichen und jugendpolitischen Bildung" gegründet. Als Geschäftsführer setzte er seinen Assistenten Heinz Weigel ein. Nun machte sich jedoch dieser Verein weniger die Bildungsarbeit zur Aufgabe als vielmehr die Geldbeschaffung für Kaffka und seine Partei — auf illegale Art und Weise.

Weigel organisierte Seminare und kassierte dafür regelmäßig Bundeszuschüsse vom Ministerium für innerdeutsche Beziehungen. So flossen denn stetig und reichlich Steuergelder in die Kassen des Vereins. Die Seminare jedoch fanden in **Wirklichkeit entweder gar nicht statt, oder sie waren getarnte** Wahlveranstaltungen der SPD und der Jusos. Die Sache flog nur durch einen Zufall auf. **Wohl oder übel mußte sich** jetzt die Staatsanwaltschaft einschalten. Und als man die Unterlagen überprüfte, wurde die Summe von 135 843,33 Mark errechnet, die auf die beschriebene Weise von Kaffka und seinem Assistenten unterschlagen worden war.

Bei der Verhandlung dann erklärte der betrügerische Gottesmann im Brustton der Überzeugung, er fühle sich nicht schuldig. Und sein Verteidiger machte sehr interessante Ausführungen. In dem Bemühen nämlich, das Vergehen seines Mandanten als Kavaliersdelikt hinzustellen, sagte er, der Fall Kaffka sei keine Ausnahmeerscheinung. Es würde sich hier vielmehr um einen typischen Fall „grauer" Parteienfinanzierung handeln. (Und tatsächlich wurde während des Verfahrens bekannt, daß die Staatsanwaltschaft in Frankenthal gegen einen anderen SPD-Politiker Ermittlungen führt, der einen ähnlichen Verein wie Kaffka und mit dem gleichen Ziel betreibt.)

Offenbar hat sich das Gericht in Kaiserslautern der Auffassung angeschlossen, daß Kaffkas Betrügereien sozusagen zum Privileg der Bonner Politiker gehören. Denn mit der niedrigen Strafe, noch dazu auf Bewährung, ist der SPD-Mann bestens bedient. Was wäre wohl geschehen, wenn ein einfacher **Werktätiger eine Viertelmillion** geklaut hätte?

Und die Tatsache, daß die Bundestagsabgeordneten aller Parteien den Betrüger Kaffka ganz selbstverständlich wieder in ihre Reihen aufnehmen, zeigt doch, daß diese Herren in seinem Verhalten nichts Ehrenrühriges **sehen können**. Es ist wohl wirklich so, wie Kaffkas Verteidiger es sagte: ein typischer Fall, wie es ihn anderswo auch gegeben hat und weiter geben wird. Wenn es darum geht, durch vielerlei Praktiken dem Steuerzahler das Geld aus der Tasche zu ziehen, sind die „Volksvertreter" in Bonn ja sehr erfinderisch. Und was den Pfarrer Kaffka betrifft, so hat er nach den Bonner Moralgesetzen nur einen Fehler gemacht. Die „Frankfurter Rundschau" formulierte das so: **„Man darf alles, man darf sich nur nicht dabei erwischen lassen."**

# „Warum sind Sie laufend krank?"

„Sie sind wieder einmal krank! Die deutsche Sozialversicherung geht davon aus, daß jeder Arbeitnehmer mündig ist und daß es keiner vertrauensärztlichen Untersuchung mehr im Normalfall bedarf.

Aber sind Sie mündig? Oder weshalb, warum sind Sie laufend krank? Sie haben die Pflicht, sich so zu verhalten, daß Ihr Körper geschützt wird, oder konsultieren Sie unfähige Ärzte? Deshalb beantragen wir hierdurch bei der zuständigen Krankenkasse...die sofortige Vorladung zur vertrauensärztlichen Untersuchung.

Es ist weder der Krankenkasse noch unserem Unternehmen zumutbar, daß gemeinschaftliches Vermögen — Krankenkasse — und privates Vermögen — Unternehmen — durch diese Extravergünstigungen, die Sie in Anspruch nehmen, weiterhin geschädigt wird.

Sollte Ihnen dieser Stil, in dem wir versuchen, Sie auf die Pflichten als Arbeitnehmer aufmerksam zu machen, nicht zusagen, sind wir gerne bereit, ein Gespräch darüber zu führen, zu wann wir Ihrerseits Ihre Kündigung annehmen sollen..."

Formschreiben der Bremer Firma Molan-Werke E. Dittrich GmbH & Co. KG







Samstag, 2. Februar, 19.30 Uhr, ZDF

**Liederzirkus.** Gast in dieser Sendung ist auch Bettina Wegner, eine kritische Liedermacherin aus der DDR, bei uns durch ihre Platte „Sind so kleine Hände" bekannt geworden.



Samstag, 2. Februar, 19.50 Uhr, Südwest

**Die Hündin.** 1931 entstandener Spielfilm des französischen Regisseurs Jean Renoir: Anschließend ein Gespräch mit Renoir.

Samstag, 2. Februar, 20.20 Uhr, ARD

**Die große weiße Hoffnung.** Martin Ritt setzt sich in diesem Spielfilm aus dem Boxer-Milieu mit dem Rassismus in den USA auseinander.

Sonntag, 3. Februar, 21.05 Uhr, ARD

**Der lange heiße Sommer.** Ein weiterer Film von Martin Ritt, gedreht nach dem gleichnamigen Roman von William Faulkner.

Dienstag, 6 Februar, 21.20 Uhr, ZDF

**Frauen in Männerberufen.** Die Autoren berichten über die sogenannten Modellversuche, nach denen in einigen Städten der Bundesrepublik gegenwärtig Frauen und Mädchen in Männerberufen ausgebildet werden. Außerdem wird über Erfahrungen in diesem Bereich aus Italien und Dänemark berichtet.

Donnerstag, 21. Februar, 21.20 Uhr, ZDF

**Kennzeichen D** zeigt Ausschnitte aus dem Film „Der Boxer", der nach einem Roman von Jurek Becker entstanden ist. Der Film hat die Verfolgung der Juden unter dem Nazi-Regime zum Thema.



## Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

**Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.**

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeiten zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

**ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML' REDAKTION ROTER MORGEN**, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**SEKTION WESTBERLIN**, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.